

# Arbeiterpolitik

INFORMATIONSBRIEFE DER GRUPPE ARBEITERPOLITIK

## ■ WAHLSTELLUNGNAHME

# Die herrschende Klasse sucht die Zustimmung zum Sozialabbau – mit der Stimmabgabe dagegen ist es nicht getan

Als die SPD-Führungsrige nach der verlorenen NRW-Landtagswahl die Einleitung von Neuwahlen zum Bundestag verkündete, verfolgte sie mehrere Ziele. Sie wollte:

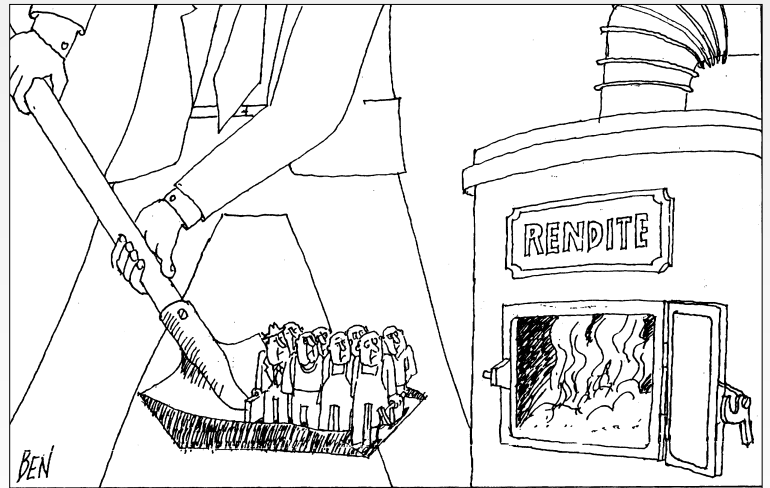
- einer Zersetzung der SPD aufgrund drohender parlamentarischer Regierungsunfähigkeit entgegenwirken,
- mögliche Abweichler in der eigenen Partei disziplinieren,
- die Gewerkschaftsführungen wieder fester an die SPD binden und
- der Fortsetzung des Sozialabbaus eine breite parlamentarische Basis verschaffen.

Da die SPD als reformistische Partei Stabilität und Bestand der kapitalistischen Ordnung seit 1914 über die Interessen der Lohnabhängigen stellt, muss sie folgerichtig auch die politische Programmatik der eigenen Partei der Staatsräson unterordnen. Mit der bevorstehenden Wahl am 18. September wird nicht nur über die Zusammensetzung des neuen Parlaments abgestimmt, sie soll zugleich, wie Bundespräsident Köhler in seiner Auflösungsverfügung erklärte, – sozusagen als »Volksabstimmung« – die Fortsetzung der sozialen Demontage durch die zukünftige Bundesregierung legitimieren. Und die wird aller Voraussicht nach von der CDU geführt werden.

## Nach sieben Jahren rot-grüner Koalition

Es blieb einer sozialdemokratisch geführten Regierung überlassen, die Privatisierung der Sozialversicherungen in die Wege zu leiten sowie deren materielles Niveau abzusenken. Angeführt seien nur die Einführung der Riester-Rente bei gleichzeitigem Abbau des Rentenniveaus und die immer stärkere Beteiligung der Patienten an der Gesundheitsfürsorge, was einer schleichenden Enteignung der arbeitenden Bevölkerung gleichkommt. Das Wichtigste: mit Hartz IV wurde aus der Arbeitslosenversicherung – der Absicherung vor den Folgen der Erwerbslosigkeit – ein staatliches Zwangsinstrument gemacht. Es soll der Schaffung eines breiten Niedriglohnssektors dienen und zu einer allgemeinen Absenkung des Lohnniveaus beitragen.

Das Unternehmerlager konnte in den letzten Jahren auf diesem Feld entscheidende Durchbrüche verbuchen:



Die einfache Betriebswirtschaft nennt das »Kostenreduzierung«

- Durchlöcherung und Absenkung bestehender Tarife,
- Verlängerung und Flexibilisierung der Arbeitszeit,
- Ausweitung des Anteils nicht tariflich gebundener Arbeitsplätze
- Privatisierung von immer mehr staatlichen und kommunalen Dienstleistungen und Betrieben, was zur Beschleunigung der Abwärtsspirale bei Löhnen und Verlängerung von Arbeitszeiten führt.

Folgenreicher als die materiellen Verluste, unter denen immer mehr Menschen immer stärker leiden, ist die zunehmende gewerkschaftliche und politische Orientierungslosigkeit, die das Ausmaß des Leidens noch vergrößert. Die bisherigen Formen der sozialpartnerschaftlichen Interessenvertretung funktionieren nicht mehr. Die Unternehmer ersetzen diese Partnerschaft, die sich lange Zeit für die abhängig Beschäftigten »ausgezahlt« hat, zunehmend durch Erpressungen, Drohungen und Diktate.

Darauf finden die abhängig Beschäftigten noch keine entsprechende Antwort. Die SPD in der Regierungsverantwortung betreibt das Geschäft der Gegenseite und die Gewerkschaften unter sozialdemokratischer Führung haben den Rückzug angetreten und geben bisher Erreichtes kampfflos

preis. Es ist mittlerweile gängige Praxis der Unternehmer, Betriebsräte zu übergehen und vor vollendete Tatsachen zu stellen, bzw. sie zu Co-Managern der Unternehmensleitungen zu machen. Beide Strategien sind aus demselben Grund erfolgreich: die Betriebsräte werden von den Belegschaften zu wenig kontrolliert und unter Druck gehalten, sie sind Stellvertreter und wollen es in der Regel auch sein.

Gewerkschaftliche Grundsätze, auf die sich in der Vergangenheit die betriebliche Interessenvertretung stützte, besitzen kaum noch Gültigkeit. So reagieren Belegschaften, Betriebsräte und Gewerkschaften schon fast automatisch auf die drohende Verlagerung von Arbeitsplätzen mit der Bereitschaft, auf bestehende tarifliche Leistungen zu verzichten und die Arbeitszeit zu verlängern. Das gewerkschaftliche Selbstverständnis, das sich in den Jahrzehnten der bundesrepublikanischen Konjunkturperiode herausbildete, zersetzt sich heute. Der Zusammenbruch des sozialistischen Lagers trägt das seinige dazu bei. Diese Ausgangsbedingungen müssen wir für unser weiteres politisches Handeln berücksichtigen.

### Zur Kandidatur der Linkspartei

Die Kandidatur Lafontaines für die WASG spricht breitere Kreise in den alten Bundesländern an. In der Wahl der Linkspartei sehen diese WählerInnen erstmals seit langem die Möglichkeit, ihrer Unzufriedenheit Ausdruck zu verleihen – wenn auch nur mit dem Stimmzettel: als Protest gegen Hartz IV und die neoliberale Parteienallianz, die im Parlament nicht mehr unter sich bleiben soll. Dies erweitert auch die Zustimmung für die PDS im Osten.

Allerdings: Mit ihrem beschränkten reformistischen Ansatz mobilisiert die Linkspartei Hoffnungen auf eine andere, sozialere Politik. Dieser beschränkte Ansatz ist u.a. Ausdruck der bestehenden Kräfteverhältnisse und des fehlenden Klassenbewusstseins. Die Linkspartei stellt die bürgerliche Gesellschaftsordnung nicht in Frage, sie beschränkt sich bislang auf die Kritik einzelner Erscheinungsformen – in erster Linie die Politik der Parteien. Ihr westliches Führungspersonal – sozialdemokratisch und sozialpartnerschaftlich geprägt – orientiert auf die parlamentarische Arbeit. Die PDS (ein entscheidender Teil einer künftigen Linkspartei) hat in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern längst ihre Verlässlichkeit bei der Verwaltung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung unter Beweis gestellt. Auffallend ist das weitgehende Schweigen bei der WASG und der Linkspartei.PDS zum Kurs und Zustand der Gewerkschaften, mit dem sich zwar einzelne ihrer Mitglieder auseinandersetzen, nicht aber die Partei in ihrer Programmatik. Wo die bisherige PDS (wie in Ber-

**Was für eine Kälte  
Muss über die Leute gekommen sein!  
Wer schlägt da so auf sie ein,  
Dass sie jetzt so durch und durch erkalten?  
So helft ihnen doch! Und tut es in Bälde!  
Sonst passiert euch etwas,  
was ihr nicht für möglich haltet!**

Bertolt Brecht

lin) Regierungsverantwortung mitträgt, gerät sie selbst mit sozialpartnerschaftlich ausgerichteten Gewerkschaftsfunktionären in Widerspruch, beispielsweise bei der Absenkung von Tarifen im öffentlichen Dienst oder der Durchsetzung von Hartz IV.

Dennoch stellen die Herausbildung der WASG und die gemeinsame Kandidatur mit der Linkspartei.PDS gegenüber den letzten Jahren einen Schritt nach vorne dar. Die Unzufriedenheit in der arbeitenden Bevölkerung muss sich nicht mehr erschöpfen im Fernbleiben von der Wahlurne oder in der zähneknirschenden Abgabe der Stimme für das »kleinere Übel«. Das würde Resignation und Lähmung verstärken und der Rechtsentwicklung weiteren Vorschub leisten.

Die NPD in Sachsen hatte nach ihren Erfolgen bei den Landtagswahlen die Erwartung geäußert, von der verbreiteten Proteststimmung auch bei künftigen Wahlen zu profitieren. Die Kandidatur der Linkspartei macht ihr zumindest für die anstehende Bundestagswahl einen Strich durch die Rechnung. Der von der neoliberalen Parteienallianz erhobene Vorwurf, die Linkspartei fische im rechtsradikalen Lager, ist reine Demagogie und soll von den Ursachen der Unzufriedenheit ablenken. Es sind die Folgen der wirtschaftspolitischen und sozialen Entscheidungen dieser Allianz der Volksparteien, die der NPD oder anderen rechtsextremen Populisten ein wachsendes Wählerpotential beschert haben.

### INHALT HEFT 5/07.09.2005 JHG. 46

Wahlstellungnahme .....	1
Bundespräsident sieht »nationale Notlage« .....	3
Rot-Grün tritt ab .....	4
Krise der Europäischen Union .....	8
Zur Diskussion:	
Globalisierung der kapitalistischen Produktionsweise – die Rolle der Gewerkschaften .....	11
Günter Kuhlmann gestorben .....	19
Bosch-Siemens-Hausgeräte Berlin:	
Waschmaschinenproduktion vorerst gesichert .....	20
Stahlwerke Bremen: Kritik in der »metall« unerwünscht .....	24
Dokument: Korruption bei VW 1970 .....	25
Arbeitskampf in der finnischen Papierindustrie .....	25

**Die »Informationsbriefe« und weitere Broschüren und Bücher der GFSA e.V. werden in folgenden Buchhandlungen angeboten:**

- **Berlin-West:** »Schwarze Risse«, Gneisenaustraße 2a ● **Berlin-Ost:** »Der kleine Buchladens«, Weydinger Straße 14 –16 ● **Bonn:** »Buchladen 46«, Kaiserstraße 46 ● **Bremen:** »Buchladen in der Neustadt«, Lahnstraße 65b ● **Essen:** »Heinrich-Heine-Buchhandlung«, Viehofer Platz 8 ● **Frankfurt/Main:** »Haus der Bücher« Peter Naacher, Ziegelhüttenweg 27 / »Uni-Buch«, Studentenhaus, Jügelstraße 1 ● **Göttingen:** Buchhandlung »Rote Straße«, Nicolaikirchhof 7 ● **Halle:** Infoladen »Verein Kellnerstraße e.V.«, Kellnerstraße 10a ● **Hamburg:** »Heinrich-Heine-Buchhandlung«, Schlüterstraße 1 / »Schwarzmarkt«, Kleiner Schäferkamp 46 / Buchhandlung »Nautilus«, Bahrenfelder Str.: Zeisellhallen / Buchhandlung »Osterstraße«, Osterstraße ● **Hanau:** »Buchladen am Freiheitsplatz«, Am Freiheitsplatz 6 ● **Hannover:** »Internationalismus-Buchladens«, Engelbosteler Damm 10 ● **Kassel:** »Gestoche scharf«, Elfbuchenstraße 18 ● **Kiel:** »Zapata« Buchladen, Jungfernstieg 27 ● **Lüneburg:** »F. Delbanco«, Bessemerstraße 3 ● **Mönchengladbach:** »prolibri« Buchladen, Regentenstraße 120 ● **Siegen:** Buchhandlung »Bücherkiste«, Bismarckstraße 3

**Arbeiterpolitik**

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: W. Müller  
Herstellung und Vertrieb: GFSA – Gesellschaft zur Förderung des Studiums der Geschichte der Arbeiterbewegung e.V.  
Alle Zuschriften nur an diese Adresse:  
»GFSA e.V. · Postfach 106426 · D-20043 Hamburg«  
Internet: [www.arbeiterpolitik.de](http://www.arbeiterpolitik.de) · e-mail: [arpo.berlin@gmx.de](mailto:arpo.berlin@gmx.de)

## Bundespräsident sieht nationale Notlage und ruft zur Wahl einer starken Regierung zur »Sicherung der Freiheit« und zur Gestaltung eines »modernen Sozialstaates« auf.

Auszüge aus der Rede von Bundespräsident Köhler am 21. Juli. 2005, in der er die Auflösung des Bundestages verkündete.

»Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, ich habe heute den 15. Deutschen Bundestag aufgelöst und Neuwahlen für den 18. September angesetzt. Unser Land steht vor gewaltigen Aufgaben. Unsere Zukunft und die unserer Kinder steht auf dem Spiel. Millionen von Menschen sind arbeitslos, viele seit Jahren. Die Haushalte des Bundes und der Länder sind in einer nie dagewesenen, kritischen Lage. Die bestehende föderale Ordnung ist überholt. Wir haben zu wenig Kinder, und wir werden immer älter. Und wir müssen uns im weltweiten, scharfen Wettbewerb behaupten. In dieser ernsten Situation braucht unser Land eine Regierung, die ihre Ziele mit Stetigkeit und mit Nachdruck verfolgen kann. Dabei ist die Bundesregierung auf die Unterstützung durch eine verlässliche, handlungsfähige Mehrheit im Bundestag angewiesen. (...)

In meiner Gesamtabwägung komme ich zu dem Ergebnis, daß dem Wohl unseres Volkes mit einer Neuwahl jetzt am besten gedient ist. Es ist richtig, daß in der heutigen

Situation der demokratische Souverän – das Volk – über die künftige Politik unseres Landes entscheiden kann. Die Parteien fordere ich auf, den Bürgerinnen und Bürgern ihre Vorstellungen über die Lösung der Probleme sachlich und wahrhaftig zu vermitteln. Ich bin ganz sicher: Wir haben die Begabung und die Fähigkeit, unsere Freiheit zu sichern und einen modernen Sozialstaat zu gestalten. (...)

Dadurch dass das Bundesverfassungsgericht in seiner am 25.8. verkündeten Entscheidung Köhlers Auflösung des Bundestages genehmigt hat, hat es auch dessen Begründung akzeptiert: Die »nationale Notlage« rechtfertigt die Auflösung des Parlaments. Nun hatten die Begründer des Grundgesetzes genau das verhindern wollen, dass wie in der Weimarer Republik der Reichspräsident den Reichstag auflösen und damit legal die parlamentarische Demokratie außer Kraft setzen konnte. Die Idee der parlamentarischen Demokratie ist es ja gerade, dass das Parlament als so genannte Repräsentation des Volkswillens die Kontrolle der Regierung ausüben kann. Mit der jetzt vollzogenen Auflösung des Bundestages durch den SPD-Kanzler Schröder und den CDU-Bundespräsidenten Köhler, gedeckt vom Bundesverfassungsgericht, hat sich das Verhältnis umgedreht: Die Regierung kontrolliert das Parlament, da sie es jetzt auflösen kann, wenn es ihr nicht mehr passt. So ebnet die bürgerliche Demokratie in Deutschland selbst den Weg zu einer »starken Regierung«.

Wir halten es für richtig, bei der bevorstehenden Bundestagswahl der Linkspartei.PDS, auf deren Listen auch Mitglieder der WASG kandidieren, die Stimme zu geben. Wie vielen anderen auch, ist uns klar, dass allein durch deren Wahlerfolg noch nichts gewonnen wäre. Parlamentarische Wahlen können die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse nicht verändern; sie spiegeln sie bestenfalls wider. Auch eine starke Fraktion des Bündnisses Linkspartei.PDS und WASG – ob sie nun 8, 10 oder 12 Prozent der Parlamentarier umfasst – wird eine Fortsetzung und Verschärfung der sozialen Demontage durch eine unionsgeführte Bundesregierung nicht aufhalten können. Das bürgerliche Lager hat angekündigt, was es von einer konservativen Regierung sofort nach den Wahlen verlangt: Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes noch vor März 2006, Aufgabe der Mitbestimmung.

Die sozialen und politischen Auseinandersetzungen werden nicht durch Parlamentsdebatten entschieden, sondern müssen auf der Straße, in den Betrieben und Verwaltungen ausgefochten werden. Sollten sich nach dem Protestkreuz für die Linkspartei der Wille und die Fähigkeit zum Widerstand nicht entwickeln, wird auch diese Stimme eine verschenkte

bleiben. Entscheidend dabei ist nach wie vor, wie sich dieser Widerstand in den Betrieben formiert, auch ohne und wenn nötig, gegen den Gewerkschaftsapparat. Ohne einen politisch aktiven Kern unter den abhängig Beschäftigten wird die derzeitige soziale Bewegung aus Hartz-IV-Empfängern, Studenten, ATTAC-Aktiven etc. nicht die notwendige Kraft entwickeln können, der bürgerlichen Klasse in den Arm zu fallen.

Wir betrachten es weiterhin als eine unserer Aufgaben, den außerparlamentarischen Widerstand zu unterstützen und zu fördern – als politisch und organisatorisch eigenständige Gruppe. Denn eine sozialistische Perspektive haben WASG und hat die Linkspartei nicht aufzuweisen und die Hoffnung ihrer WählerInnen auf eine andere, sozialere Politik wird sie auf sich allein gestellt nicht erfüllen können.

Darüber wird es nach den Bundestagswahlen zu Auseinandersetzungen in der Neuformierung »Linkspartei« kommen. Wir werden uns an der Diskussion, wie die abhängig Beschäftigten der Offensive der herrschenden Klasse begegnen können, weiter beteiligen.

3.09.05



# Rot-Grün tritt ab

Rot-Grün hat sich entschieden, den Weg für Neuwahlen zum Bundestag freizumachen. Der klare Ausgang der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen – als Höhepunkt einer Serie von Niederlagen – veranlasste die Männer an der Spitze der SPD, Müntefering und Schröder, ihre Entscheidung noch am Abend der Niederlage bekannt zu geben. Seitdem haben sich die parlamentarischen Lager formiert. Umfragen zufolge wünscht eine überwältigende Mehrheit der wahlberechtigten Bevölkerung eine Neuwahl des Bundestages. Unter diesen wiederum bevorzugen die meisten der Befragten die Bildung einer großen Koalition, schon deutlich weniger eine Regierung von CDU/CSU und FDP, und nur ein geringer Teil favorisiert eine Fortsetzung von Rot-Grün. Inzwischen sind geplante Gesetzesvorhaben auf Eis gelegt, weil der 18. September als Wahltermin festgelegt wurde.

Die Initiative für die Neuwahl des Bundestages ging von der SPD-Führung aus. Sie entschloss sich zu diesem Schritt nicht aus einer Position der Stärke heraus. Sie handelte eher wie der Kapitän eines stark beschädigten Schiffes, der durch Zünden eines Hilfsmotors das ins Trudeln geratene Boot samt seiner Mannschaft noch zu retten versucht. Die SPD gibt mit ihrer Entscheidung, dem eigenen Bundeskanzler das Vertrauen nicht mehr uneingeschränkt auszusprechen, das rot-grüne Projekt sang- und klanglos auf und tritt den Rückzug an. Im Unterschied zu den Grünen sieht die SPD auch bei einem erheblichen Stimmen- und Mandatsverlust für sich immer noch die Chance, weiter an der Regierung als Partner der Union beteiligt zu sein. Die Grünen müssen dagegen mit großer Wahrscheinlichkeit in die Opposition gehen. Der SPD-Führung sitzt außerdem die linken Wahlalternative (PDS, WASG) im Nacken, die, so ihre Befürchtung, am Abend der Wahlniederlage in NRW, bis zur nächsten regulären Bundestagswahl im Herbst 2006 für viele potentielle Wähler der Sozialdemokratie zu einer Alternative werden und sogar Teile der eigenen Partei in den Bann ziehen könnte. Die Ankündigung von Neuwahlen zielte daher auch auf die Disziplinierung der Parteilinken der SPD.

Die SPD befindet sich derzeit strategisch in einer ungünstigen Position. Die für sie verheerenden Mehrheitsverhältnisse in den Landtagen schränken ihre Handlungsfähigkeit auf Bundesebene ein. Nur in fünf Ländern ist die SPD noch die führende Regierungspartei, doch deren Stimmen stehen – aufgrund von Koalitionsvereinbarungen – im Bundesrat für eine Unterstützung der Bundesregierung nicht zur Verfügung. Damit wird der politische Druck auf die Koalition im Bund übermächtig. Die Unternehmerverbände signalisieren ständig, dass ihnen die Sozialabbaugesetze, mit denen die SPD ihre eigene Wählerschaft verprellte, immer noch nicht weit genug gehen. Dies erfordert eine Klärung der Machtverhältnisse auf Berliner Regierungsebene.

Lange Zeit sah es so aus, als ob die nächste Bundesregierung eine schwarz-gelbe sein werde. Doch nachdem Union und FDP die Konturen ihres Regierungsprogramm vorgestellt haben, ist die Stimmung nicht mehr so eindeutig. Sie haben eine Erhöhung der Mehrwertsteuer angekündigt, wollen die Pendlerpauschale kürzen, Nacht- und Sonntagszuschläge versteuern, wesentliche Verschärfungen im Arbeitsrecht, bei

Hartz IV und im Gesundheitswesen durchsetzen, etc. Alles Vorhaben, die insbesondere die Arbeiter und Angestellten belasten werden. Damit können sie keine nachhaltige Wendestimmung erzeugen. In den Augen vieler Wähler fehlt zur bisherigen Regierungskoalition eine schlüssige Alternative. Statt skeptischer Aufbruchstimmung, wie noch beim Regierungswechsel 1998, herrscht heute eher ein unbestimmtes Verlangen nach Auswechslung des bisherigen Führungspersonals. Auf einen Politikwechsel im Rahmen der Parlamentswahl setzen die von reaktionären Sozialreformen bedrängten lohnarbeitenden und erwerbslosen WählerInnen in ihrer großen Mehrheit nicht mehr. Etwa drei Viertel der Wahlberechtigten gehen derzeit davon aus, dass es ihnen nach den Wahlen schlechter gehen wird als bisher.

## Vorstellungen beim Regierungswechsel 1998

Optimistischer waren noch die Vorstellungen, mit denen das sozialdemokratisch-grüne Zweckbündnis 1998 ins Amt gewählt wurde. »Kohl muss weg!« schallte es damals auf nahezu jeder Demonstration, die irgend etwas zu tun hatte mit Sozialabbau, Tarifrunden, Entlassungen am Arbeitsplatz oder Betriebsschließungen. Die Standard-Forderung war zum Ritual geworden, mit dem die Wende zum Besseren beschworen wurde. Auch wenn das Vertrauen in grundlegende Veränderungen von oben schon damals bröckelte, drückte sich in dieser Personalisierung eine Hoffnung auf Erleichterung aus, wenn erst einmal der »Dicke« weg sei. Die Gewerkschaften warben intensiv für einen Wechsel. Die Mehrheit der Lohnabhängigen und der Erwerbslosen erwartete zumindest, dass der Sozialabbau sich irgendwie begrenzen ließe.

Bis weit in die 80er Jahre hinein setzte die SPD in Abgrenzung zur CDU/CSU auf Wählerschichten, für die staatlich finanzierte Sozialpolitik und Sicherung von Arbeitnehme-



Als Lafontaine noch Wahlkampf für die SPD machte, stand er auch für die damit verbunden Hoffnungen. Demonstration von Bau- und Bergarbeitern gegen die Regierung Kohl in Berlin 1997.

rInnen- und Gewerkschaftsrechten wichtige Maßstäbe darstellten. Obwohl sie schon damals keine Arbeiterpartei mehr war, orientierte sie sich immer noch an den Interessen von Beschäftigten und Arbeitslosen. Seither aber hat sie, um ihre Regierungsfähigkeit zu beweisen, sich der neoliberalen

Wende bürgerlicher Politik angepasst. Mit Schröder an der Spitze stellte sie ihre Sozialpolitik unzweideutig unter den Vorbehalt der Modernisierung kapitalistischer Strukturen und der Finanzierbarkeit durch öffentliche Kassen. Damit entschied die SPD sich für ein Wirtschaftskonzept, dass die weitere gesellschaftliche Entwicklung allein von den Bedürfnissen rkt orientierenden Wirtschaftsunternehmen abhängig machte.

Im Interesse der weltmarktorientierten Konzerne setzte die SPD ihre bisherige Funktion im Parteiensystem aufs Spiel und verlor reihenweise Landtagswahlen. In der letzten, in Nordrhein-Westfalen 2005, resultierte der Wahlsieg der CDU nicht allein daraus, dass sie auf der Basis einer gesunkenen Wahlbeteiligung relativ mehr Stimmen bekam als die SPD, sondern sie konnte auch absolut fast eine Million Stimmen dazu gewinnen. Diese stammten auch aus dem Lager derjenigen, die Angst haben Opfer des Sozialumbaus zu wer-

den. Das Ruhrgebiet als traditionelle SPD-Hochburg bot hierbei kein wesentlich anderes Bild als die ländlich geprägten Regionen wie Niederrhein oder Westfalen. Unter allen sozialen Gruppen bekam die SPD unter den ArbeiterInnen und Erwerbslosen zwar immer noch ihr bestes Ergebnis, hatte aber trotzdem in diesen Gruppen mit minus elf Prozent doppelt so hohe Verluste wie in der Wählerschaft allgemein.

Die großen »Volksparteien« erscheinen nun als völlig austauschbar, und so sieht sich etwa Jürgen Rüttgers von der CDU nach seinem triumphalen Wahlsieg als neuer Chef der »Arbeiterpartei« in Nordrhein-Westfalen. Damit ist auch zweifelhaft geworden, ob eine in die parlamentarische Opposition zurückgetriebene SPD jemals wieder in der Lage sein wird, sich als die große, traditionelle »Arbeitnehmer«-Partei darzustellen und in diesem Sinne oppositionelle Kräfte an sich zu binden. Der Raum für die Suche nach Alternativen öffnet sich auch in den Gewerkschaften immer weiter, wie

## Blockaden beseitigt

**Von der konservativen Presse wird die neue Sicht der SPD auf die »soziale Marktwirtschaft«, von Riester-Rente über Agenda 2010 zu Hartz I bis IV als erster Schritt zu einer umfassenderen Modernisierung der Bundesrepublik gesehen. Die Ideologen des Neoliberalismus wissen die Rolle, die die SPD in den vergangenen Jahren gespielt hat, wohl zu schätzen. Sie hat Blockaden beiseite geräumt, an denen die Vorgängerregierung gescheitert war, hat die Gewerkschaften diszipliniert und dem sozialen Protest die politische Spitze abgebrochen. Bilanz und Perspektive der Sozialreformen sehen aus ihrer Sicht so aus:**

*»Anders als seine drei Vorgänger stellt das Hartz-IV-Gesetz eine historische Wegmarke dar, denn es beinhaltet einen radikalen Systemwechsel: die Abschaffung der lohnabhängigen Arbeitslosenhilfe und ihre Zusammenführung mit der steuerfinanzierten Sozialhilfe zu einer einheitlichen, niedrigeren, am soziokulturellen Existenzminimum orientierten Grundsicherung, dem Arbeitslosengeld II. Dass jene protestieren würden, die dadurch Einkommenseinbußen erleiden, war abzusehen. Dass es Anlaufschwierigkeiten geben würde, bis das neue System reibungslos funktioniert, ebenso. Auch war allen klar, dass sich die Zahl der Anspruchsberechtigten nicht auf die letzte Kommastelle genau vorhersagen lassen würde, weil dazu erst die Statistiken der Arbeitsagenturen und Sozialämter zusammengeführt werden mussten. Es bleibt das Verdienst der rot-grünen Koalition, das unpopuläre Vorhaben trotzdem in Angriff genommen zu haben, und es ehrt sie, wenige Monate vor der Schicksalswahl in Nordrhein-Westfalen das wahre Ausmaß der Erwerbslosigkeit um einiges transparenter gemacht zu haben. Mehr Lob aber hat die Bundesregierung nicht verdient,«* so die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« (FAZ) vom 30. Mai 2005. Diese Textstelle aus dem Flaggschiff der konservativen Presse ist bezeichnend, weil sie prägnant die technokratische Sicht des konservativen und rechtsliberalen Lagers widerspiegelt.

Weiter heißt es: *»Der größte Fehler der rot-grünen Koalition freilich ist es gewesen, den Systemwechsel nicht*

*konsequent genug betrieben zu haben. Statt die Leistungen für Erwerbsfähige unter das Sozialhilfeniveau zu senken und im Gegenzug einen großzügigeren Zuverdienst zu erlauben, hat die Regierung – ermuntert von den Gewerkschaften, erpresst von der Parteilinken – mit allerlei Zuschlägen und Pauschalen die Härten immer weiter abgefedert und die neue Leistung immer attraktiver gemacht. Für eine vierköpfige Familie kommen rasch 1500 Euro zusammen. Soviel bleibt manchem, der dafür einen ganzen Monat arbeiten muss, nicht übrig.«* (FAZ, 30.5.2005). Das ist wieder die alte Mär vom unzureichenden Abstand zwischen Niedriglohn und Sozialhilfe – der FAZ kommt natürlich nicht in den Sinn, dass Löhne zu niedrig sind und deshalb drastische Lohnerhöhungen, ein existenzsichernder Mindestlohn und ein bedingungsloses Grundeinkommen zu fordern seien.

Ganz im Gegenteil sei die Schraube noch anzuziehen: *»Aus dem Desaster führt nur ein Weg hinaus: Die BA (Bundesagentur für Arbeit, die Red.) muss deutlich abgespeckt werden und sich auf die bloße Berechnung und Auszahlung der Versicherungsleistung für Kurzarbeitslose beschränken; sie könnte den Arbeitnehmern dann Wahltarife mit Selbstbehalten und Karenzzeiten anbieten. Bedürftige Langzeitarbeitslose gehören einzig und allein durch die Kommunen betreut. Diese sind näher an den Betroffenen und können umfassender und unbürokratischer helfen. Die aktive Arbeitsmarktpolitik – einschließlich der schädlichen Ich-AG's, Personal-Service-Agenturen und Ein-Euro-Zuschläge – muss drastisch zurückgeführt und aus dem Bundesetat finanziert werden. Berufsberatung und Stellenvermittlung sind Privaten zu übertragen, der virtuelle Arbeitsmarkt der BA ist einzustellen. Zwar wären durchschlagende Effekte nicht von heute auf morgen zu erwarten, denn der Aufbau privater Strukturen braucht Zeit und Transparenz, und viele der 90.000 BA-Mitglieder sind faktisch unkündbar. Aber wenn die Reform jemals Erfolge zeitigen soll, dann muss sie so und nicht anders zu Ende gebracht werden.«*

So etwa können Richtung und Tempo der künftigen Regierungspolitik aussehen, wobei es keine große Rolle spielt, ob sie in den Farben rot-schwarz, schwarz-gelb oder anderswie farbig daher kommt. ■

der Zulauf zunächst zur WASG und der Zuspruch in den Wahlprognosen zur Linkspartei verdeutlichen. Diese Bestrebungen überschreiten mehrheitlich nicht den Rahmen des traditionellen sozialdemokratischen Politikverständnisses, führen aber zu einer Ablösung von Teilen der Arbeiter und Angestellten von der SPD.

### Chronologie der rot-grünen Regierungszeit

Das rot-grüne Bündnis – BefürworterInnen nennen es »Projekt«, andere ganz einfach Koalition oder »Zweckbündnis« – dauerte bislang ca. 20 Jahre. Im Dezember 1985 begann es in Hessen, als Joschka Fischer bei seiner Vereidigung noch zeitgemäß in Turnschuhen auftrat.

Das Verhältnis von SPD und Grünen war stets spannungsgeladen, wenn auch beide Seiten den taktischen Umgang miteinander von Jahr zu Jahr verbesserten. Die Beziehungen von führenden Repräsentanten beider Parteien wie Börner und Fischer in den achtziger, Schröder und Trittin in den neunziger Jahren, Schröder und Fischer in der Berliner Regierungszeit machen diese Entwicklung anschaulich. Dahinter stand eine Orientierung auf grundlegend unterschiedliche Wählerschichten und Lebensmilieus. Die SPD vertrat die lohnarbeitenden Massen aus den traditionellen Großindustrien, mit den Facharbeitern als Kerngruppe. Diese gerieten mit dem Ende der Vollbeschäftigung Mitte der siebziger Jahre immer stärker unter Druck. Die Grünen waren aus der sozialen Bewegung von neuen Mittelschichten erwachsen, die von der Ausweitung des deutschen Bildungssystems seit Ende der sechziger Jahre profitiert hatten und ihre gehobenen Ansprüche an Lebensqualität in die politische Auseinandersetzung einbrachten. Sie vertraten neuere Kapitalgruppen, die durch die Lobbypolitik der alten kaum eine Chance hatten, die eigenen Projekte umzusetzen. Dieser »sanfte« Kapitalismus versuchte besonders in den Bereichen Energie, Verkehr, Hausbau, Nahrungsmittel, aber auch in Bereichen wie Kosmetik, Reisen, Gesundheit etc. Alternativen im Kapitalismus aufzuzeigen. Entlang der Interessen der einzelnen Kapitalgruppen ergaben sich dann auch Konflikte in den jeweiligen Länderregierungen. In Nordrhein-Westfalen ging es u.a. um Verkehrsprojekte, Braunkohle (Gartzeiler) und Steinkohle. Unter allen drei Ministerpräsidenten dieser Koalition (Rau, Clement, Steinbrück) drohte zeitweilig das Aus. In Hessen war es die Atompolitik, in Hamburg der Flugzeugbau.

Rot-grüne Koalitionen waren daher als Bündnisse zwischen so unterschiedlichen Parteien stets umstritten. Die SPD ließ sich insgesamt unwillig auf das ein, was sie ihrer WählerInnenbasis nur schwer vermitteln konnte. Die Grünen waren eher der treibende Teil, weil sie im traditionellen Parteiensystem auf Landes- und Bundesebene keine Alternative für eine Koalition besaßen. Mit ihrem politischen Schwergewicht und ihrer langen Regierungserfahrung gelang es der SPD, den Grünen substanzielle Konzessionen abzunötigen, etwa zu Schröders Politik gegenüber den Energiekonzernen oder Schilys harter Hand in Fragen der Staatssicherheit. Zur realpolitischen Entsorgung des Pazifismus hatte schon seit Mitte der neunziger Jahre Strategie Fischer mit Überlegungen zum Eingreifen im bosnischen Bürgerkrieg die notwendigen Vorarbeiten geleistet. Der Eintritt in die Regierungskoalition eines führenden NATO-Landes war ohne Bekenntnis zum eigenen Militär nicht denkbar. Bemäntelt wurde das damit, Kriege nunmehr als »humanitäre Aktion« zu führen.



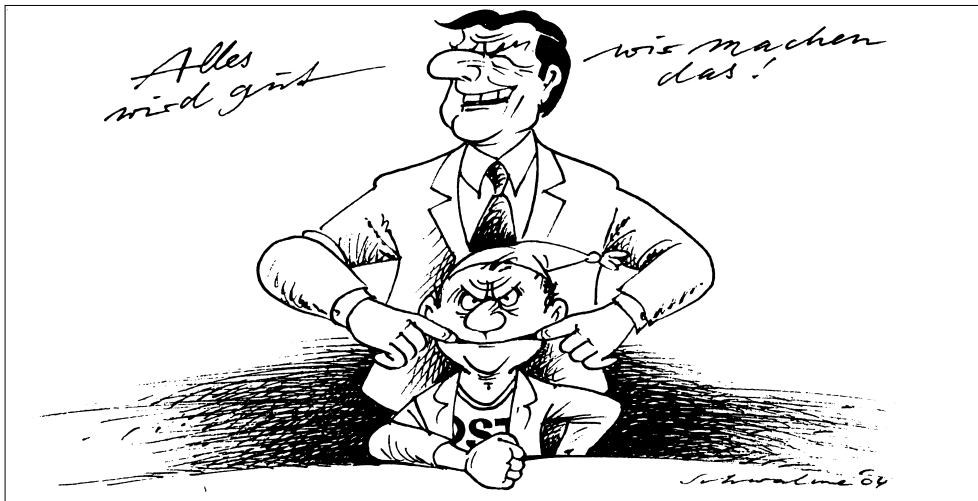
Sechs Jahre später: Demonstration vor dem SPD-Sonderparteitag in Berlin im Sommer 2003. »Schröder, mit Deiner Politik förderst Du nicht nur Sozialabbau, sondern Lohndumping« (Plakat der IG BAU)

Die SPD ihrerseits machte den Konzernen und Unternehmerverbänden immer mehr Zugeständnisse in der geforderten Demontage des Sozialstaates. Zwar wurden anfangs noch »Kohls soziale Sauereien« zurückgenommen (Rentenreform, Kündigungsschutz, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall). Mit der ersten Sitzung des »Bündnisses für Arbeit«, das zu Kohls Zeiten noch gescheitert war, schien Schröders Strategie der Moderation der sozialpartnerschaftlichen Verhandlungen aufzugehen. Doch nach kurzer Zeit scheiterte dies: auf parteipolitischer Ebene durch die erfolgreiche Kampagne der hessischen CDU gegen die doppelte Staatsbürgerschaft, auf verbandspolitischer Ebene durch das Verlangen der Unternehmer nach Disziplinierung der Gewerkschaften. Die geforderte Wende wurde vollzogen, dokumentiert durch das plötzliche Ausscheiden des SPD-Chefs und Finanzministers Lafontaine. Von nun an verfolgte die Parteiführung ohne nennenswerte innerparteiliche Widerstände den Kurs des offenen Sozialabbaus.

Die weiteren Stufen waren: Beteiligung am Krieg gegen Jugoslawien; erste »Steuerreformen« (einschließlich Ökosteuer) zur Entlastung der Unternehmen und Privathaushalte, Belastung von Lohnabhängigen und VerbraucherInnen; Teilprivatisierung der Rentenversicherung (»Riester-Rente«); »Konsens« mit der Energiewirtschaft über den Ausstieg aus der Atomwirtschaft (bis heute wurden gerade mal zwei Alt-AKW's abgeschaltet); Beteiligung an Militäreinsätzen in Mazedonien und Afghanistan. Im Jahr 2002 konnte die Schröder-Regierung mit der Einrichtung der Hartz-Kommission, dem Rückenwind der ostdeutschen Flutkatastrophe und ihrem gegen die Politik der USA gerichteten Verhalten im Irak-Krieg die Bundestagswahl unerwartet gewinnen. Die Mehrheit im Bundesrat hatte sie freilich schon 1999 verloren.

Die große Abrissbirne holte Schröder im März 2003 heraus mit der Erklärung der Agenda 2010. Hier wurden ein umfassender Umbau des Sozialsystems mit durchgreifender Disziplinierung der Erwerbslosen und Drohungen gegen die Gewerkschaften verkündet. Den Höhepunkt bildete die weitgehende Entrechtung der Langzeitarbeitslosen, wie sie dann im Hartz-IV-Gesetz festgelegt wurde. Nun formierte sich außerparlamentarischer Widerstand von der bundesweiten





2004 war mit diesem »Michel« noch der Mensch im Osten der BRD gemeint, inzwischen läßt er sich überall finden...

Demonstration am 1. November 2003 über den Aktionstag der Gewerkschaften am 3. April 2004 bis zu den Montagsdemonstrationen nach Verschiebung der ersten Antragsformulare für das Arbeitslosengeld II. Die Führung der Gewerkschaften aber arrangierte sich: So erklärte etwa DGB-Chef Sommer, man müsse sich mit der Niederlage durch Hartz IV abfinden und auf dieser Grundlage die sozialen Verhältnisse mitgestalten. Widerspruch von der Basis blieb vereinzelt: Der DGB-Regionalvorstand Main-Kinzig/Offenbach/Wetterau zum Beispiel beschloss eine Protestresolution gegen Sommers Kapitulation. Die Antwort der SPD auf die noch zu schwache Protestwelle beschränkte sich auf Schröders »Basta!« und die Bestallung von Franz Müntefering zum neuen Parteichef.

### Münteferings eigenartige Kapitalismuskritik

Die Arbeitsteilung zwischen Bundeskanzler und neuem Parteichef konnte die WählerInnenschaft nicht beeindrucken. Als die Bildung einer SPD geführten Landesregierung in Schleswig-Holstein an einer Stimme aus dem eigenen Lager scheiterte, trat die SPD-Führung die Flucht nach vorn an. Eine wirkliche Kapitalismuskritik konnte von Müntefering natürlich nicht erwartet werden, sondern die Ablenkung von einer solchen. Nicht das Wesen des Kapitalismus – die Ausbeutung der Lohnabhängigen – griff er an, sondern die Handlungsweisen einzelner. Damit es niemand missverstehen konnte, forderte er, die SPD müsse etwas dazu sagen, »wie wir in Zeiten der Globalisierung eine soziale Marktwirtschaft bleiben können und nicht in die Marktwirtschaft pur abrutschen«. Die große Zahl der Unternehmer handele verantwortungsvoll, doch es gebe einige, die fallen wie die »Heuschrecken« über das Land. Das Entsetzen in den Medien war groß, einige fühlten sich durch den Vergleich von Menschen mit Tieren an Nazi-Zeiten erinnert.

Die Müntefering'sche Kapitalistenschelte musste verpuffen, da sie den Lohnabhängigen und Erwerbslosen keine Perspektive aufzeigen konnte. Doch seit seiner öffentlich vorgebrachten Scheinkritik ist Kritik am Kapitalismus nicht mehr tabu, ist nicht mehr der allgemeine öffentliche Tenor: Die Kapitalisten machen per se alles richtig. Dass die SPD ihren Worten Taten folgen lassen würde, glaubte niemand. Umfragen zeigten zudem die mit diesem Thema derzeit verbundene Konfusion: Zwar war eine deutliche Mehrheit davon überzeugt, dass die angebliche Kapitalismuskritik richtig sei, gleichzeitig fürchtete aber eine ebenfalls große Mehrheit der

Befragten, dass solches Gerede dem »Standort Deutschland« schade. Eine Kritik, die von vornherein auf praktische Konsequenzen verzichtet, kann keine nachhaltige Beachtung finden. Bekanntlich verlor die SPD wenige Wochen danach die Wahl in Nordrhein-Westfalen.

Sozialdemokraten kritisieren eben nicht das Privateigentum an Produktionsmitteln, das die Voraussetzung für die Ausbeutung der Lohnabhängigen, die Massenarbeitslosigkeit ist. Produziert wird im Kapitalismus nur, um Gewinne zu machen. Arbeit ist nur Lohnarbeit, nicht schöpferische Entfaltung des Menschen.

Sozialdemokraten wollen nicht die Warenproduktion durch eine demokratisch geplante Produktion von nützlichen Dingen ersetzen, sondern klagten das Gleichheits-Prinzip des Warentauschs dort ein, wo sie glauben, dass es verletzt werde: den »gerechten Lohn« für gute Arbeit, den »fairen Handel« zwischen den Nationen, die »soziale Gerechtigkeit« zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten. Die StammwählerInnenschaft der Sozialdemokratie denkt freilich ebenso. Was sie verunsichert, ist die Tatsache, dass unter heutigen Verhältnissen die SPD diese Versprechen nicht mehr realisieren kann und unter der Parole »Fördern und Fordern« auch nicht mehr will.

Die SPD der Schröder und Clement ist nicht mehr die Partei der siebziger Jahre, der es um wohlfahrtsstaatliche Kompensation sozialer Ungleichheit ging. Der heutige Staat soll »aktivieren«. In dem 1999 zusammen mit der britischen Labour-Partei veröffentlichten Schröder-Blair-Papier sprach die SPD-Führung von einem neuen »Dritten Weg«, nicht zwischen Kapitalismus und Sozialismus, sondern »altem« Sozialstaat und fundamentalistischem Marktradikalismus. Hier, behauptete sie, seien »intelligente Lösungen« zu finden. Der Staat müsse die Bürgerinnen und Bürger aus ihrer »Versorgungsmentalität« befreien, damit sie den Kopf frei bekämen zur Eigenverantwortung – zu ihrem eigenen Vorteil. Unter demagogischer Anknüpfung an emanzipative Bedürfnisse wurde das Sozialsystem diskreditiert und zusammengestrichen. Ziel ist die Senkung von Lohn- und Sozialkosten, um Forderungen der Unternehmer entgegen zu kommen. Schröder formulierte: »Wirtschaft findet in der Wirtschaft statt, die Politik hat da nur Geleitschutz zu fahren.« Clement begrüßte »produktive Ungleichheit«. Nach dem Willen der »Dritte-Weg«-Propagandisten soll es zwar noch eine Basissicherung geben, jedoch nur im »wirklichen Notfall« und selbstverständlich nicht für diejenigen, die sich dem kapitalistischen Zwang zur Lohnarbeit widersetzen.

Der frühere Aufsichtsratsvorsitzende von Deutsche Bank und DaimlerChrysler, Hilmar Kopper, gab eine einleuchtende Erklärung dafür, warum ausgerechnet Sozialdemokraten geeignet seien, das von ihnen zum großen Teil (mit-)geschaffene Sozialsystem einzureißen und radikal umzubauen: »Wahrscheinlich müssen die heiligen Kühe von denen geschlachtet werden, die an der Aufzucht der Kälber am aktivsten beteiligt waren.« (»Hamburger Abendblatt«, 4.11.1999).

18. August 2005 ■

# Krise der Europäischen Union



Mit einem Verfassungsvertrag sollte die Europäische Union in den globalen imperialistischen Interessensgegensätzen politisch geführt werden. Das Nein der Franzosen und der Niederländer beim Referendum hat nun die Widersprüche in der EU deutlich werden lassen. Der folgende Juni-Gipfel der EU ist gescheitert, weil die Regierungen mehrerer Länder den Haushalt abgelehnt haben. Die inneren Widersprüche der EU nehmen zu und lassen sich nicht mehr so wie üblich in der Vergangenheit durch Geldgeschenke zukleistern.

Im Irak-Krieg hatten die USA außer Großbritannien auch die ehemaligen Ostblockstaaten auf ihre Seite ziehen können. Nach dieser Spaltung der EU glaubten Frankreich und Deutschland, die neuen armen osteuropäischen Mitglieder mit einem Angriff auf die Rabatte bei den Zahlungen der Briten an die EU hinter sich zu vereinigen und die Briten so isolieren zu können. Doch der Vorstoß der Briten gegen die EU-Agrarsubventionen hat Frankreich ins Mark getroffen. Die EWG war 1957 nur durch die von Frankreich geforderte Subventionierung der Landwirtschaft in den Römischen Verträgen möglich gewesen und die alte Bundesrepublik hatte zugestimmt, weil die Vorteile des gemeinsamen Marktes für die westdeutsche Industrie überwogen. Der Agrarhaushalt ist der einzige Fonds, der von der EU zentral verwaltet wird. Inzwischen ist die fabrikmäßige Produktion in der Landwirtschaft der alten EU weitgehend durchgesetzt und die EU zum zweitgrößten Agrarproduzenten der Welt gemacht worden. Der Anteil der Agrarsubventionen konnte damit von ca. 70 Prozent auf ca. 45 Prozent zurückgenommen werden. Damit – so meint man in der EU-Zentrale – seien die Gründe für den Britenrabatt, der ihnen gewährt worden war, weil sie keine Vorteile aus dem Agrarhaushalt erzielen konnten, nicht mehr gegeben. Die Verschärfung des weltweiten kapitalistischen Konkurrenzkampfes und die Erweiterung der EU haben die EU-Agrarsubventionen zu einem Problem werden lassen.

Die Briten konterten beim Gipfel mit der Frage »Wie sollen wir die wettbewerbsfähigste Region werden?« Mehr Mittel für Forschung, Wissenschaft, Technik und Innovation will allerdings nicht nur Blair, das wollen auch die anderen EU-Industrienationen, denn die erforderlichen Investitionen in die Forschung sind heute zu bedeutend, als dass ein einzelnes EU-Land sie schultern könnte. Auch im Ziel, die kapitalistischen Marktgesetze frei walten zu lassen, gibt es keinen Unterschied. Doch die deutsch-französische Führung will es etwas langsamer angehen lassen. Blairs Forderung, einen reduzierten Brüsseler Agrartopf nur noch für strukturschwache Regionen zu nutzen und größere Subventionen im Agrarbereich den einzelnen Regierungen zu überlassen, zielt hingegen auf die politische Führung der EU durch Frankreich (neben Deutschland). Die schnelle Ausweitung des uneingeschränkten Konkurrenzkampfes auf den bisher geschützten Agrarsektor würde in vielen Ländern weitere Konflikte hervorrufen, besonders in Frankreich, wo die typischen Bauernrevolten auftreten könnten, und das nach diesem EU-Referendum. Konsequenter grenzüberschreitender Konkurrenzkampf im Agrarsektor hieße das Aus für viele Bauern.

Hinter dieser Auseinandersetzung steht ein Grundsatzkonflikt: Die deutsche und die französische Bourgeoisie wollen eine EU mit dem Ziel, ihre eigenen imperialistischen Interessen auch in Konkurrenz zu den USA durchsetzen zu können. Nur mit einem einigen Europa seien die großen nationalen und internationalen Herausforderungen zu bewältigen. Die britische Regierung will nur einen lockeren Zusammenschluss, praktisch eine Freihandelszone, hier und da ein paar Gemeinschaftssymbole, ansonsten nationalstaatliche Souveränität. Entsprechend ist das Vereinigte Königreich beim Euro nicht dabei. Die britische Bourgeoisie sieht zwar keinen anderen Weg als den in der EU, aber nicht in Unterordnung unter einer deutsch-französischen Führung gegen die USA.

Das Ziel einer politisch geführten EU ist eine Sache. Ihre Realisierung eine andere. Trotz der Dominanz der internationalen Konzerne, trotz der fortgeschrittenen Vereinheitlichung des Wirtschaftsraumes gibt es Differenzen innerhalb der herrschenden Klasse des kapitalistischen Europas, die sich in den Reibereien der Regierungen ausdrücken. Aus seiner Geschichte heraus hat Großbritannien die Bindungen an den Commonwealth lange Zeit für wichtiger gehalten als eine engere Bindung an das kontinentale Modell der Integration. Das Vereinigte Königreich hatte daraus auch noch fort-dauernde Interessen als Weltmacht. Ein eigener europäischer Weg in Konkurrenz zu den USA – das steht im Gegensatz zur bisherigen Politik der Briten. Schon de Gaulle hatte sich wegen dieser engen angelsächsischen Bindung gegen den Beitritt des United Kingdom gesperrt.

Am Euro zeigt sich die unterschiedliche politische Zielsetzung deutlich. In der Europäischen Union entwickelt sich die Wirtschaft der einzelnen Mitgliedsstaaten unterschiedlich. Verschieden sind auch die Steuersysteme und die Lohnpolitik. Bei einer einheitlichen Währung liegt hier Konfliktpotential. »Die Welt« zitiert am 2.7.2005 Paul De Grauwe von der Universität Leuven, der die EU-Kommission berät: »Mit Hilfe von Geldtransfers zwischen starken und schwachen Staaten lassen sich wirtschaftliche Ungleichgewichte ausgleichen.« In einer Freihandelszone, wie sie einigen Verfechtern des neuen Europa vorschwebt, wäre ein solcher finanzieller Ausgleich nicht möglich. Die Europäische Zentralbank (EZB) und ihre gemeinsame Geldpolitik für die zwölf Euro-Länder reiche dabei als politischer Überbau langfristig nicht aus. »Dazu bedarf es schon einer politischen Integration«, sagt De Grauwe. Die ökonomische und die währungspoliti-



sche Vereinheitlichung erfordert also eigentlich auch eine stärkere politische Union. Aber dafür müssten die einzelnen Nationalstaaten und ihre Bourgeoisien noch mehr Macht an die EU-Institutionen übertragen. Aber dazu ist im Grunde niemand so recht bereit. Die nationalen Bourgeoisien stehen also vor der Alternative Unterordnung unter die Interessen des US-Imperialismus oder Zurückstellung ihrer Sonderinteressen.

## I. Die EU – Produkt des Blockgegensatzes

Wie auf militärischem Gebiet die Nato, so ist die EU mit ihrem Ursprung in der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) auf dem wirtschaftlichen Sektor ein Ergebnis des Weltgegensatzes der Gesellschaftssysteme nach dem Zweiten Weltkrieg. Die USA drängten als führende kapitalistische Macht darauf, Westdeutschland in Westeuropa zu integrieren. Indem die französische Bourgeoisie »überzeugt« werden konnte, aus Gründen des Blockgegensatzes darauf zu verzichten, Westdeutschland auf Dauer als imperialistisches Land auszuschalten, gelangen die weiteren Schritte der ökonomischen und politischen Zusammenarbeit in Westeuropa. So konnte das ökonomische Potenzial Westdeutschlands zur Herausbildung einer westeuropäischen Kraft gegen die Sowjetunion genutzt und die deutsche Bourgeoisie politisch unter Kontrolle gehalten werden.

Diese Konstruktion war ökonomisch so stark und deshalb erfolgreich, dass sich ihr die anderen westeuropäischen Länder anschließen mussten, sogar Großbritannien, das seine Sonderrolle aufgrund seiner weltweiten Verflechtung durch seine Empire-Vergangenheit nicht dauerhaft erhalten konnte.

### Die EU nach dem Wegfall des Blockgegensatzes

Durch den Niedergang des sozialistischen Lagers sind die historischen Voraussetzungen der EU weggefallen, die USA zur alleinigen Weltmacht geworden. Die deutsche Bourgeoisie meldete – gestärkt durch die Angliederung der DDR – imperialistische Ansprüche an, die sie in und mit der EU verwirklichen möchte. Die deutsch-französische EU-Führung sieht ihre Zukunft nicht in der alleinigen Unterordnung unter einer US-Weltherrschaft, sondern will im Gegensatz zu Großbritannien die Interessen des europäischen Kapitals zunehmend auch im Gegensatz zum US-Kapital vertreten. Mit der Lissabonstrategie aus dem Jahre 2000 sollte die EU zum wettbewerbsfähigsten Wirtschaftsraum der Welt werden. (Der angestrebte Zeitrahmen wurde inzwischen als unrealistisch erkannt.) Es geht um die verbesserte Konkurrenzposition gegenüber Japan und den USA und einer Positionierung gegenüber China und Indien. Die Militarisierung der EU soll der Wirtschaftsmacht bei der Expansion von Waren und Kapital militärisch Geltung verschaffen können<sup>1)</sup>.

Der Niedergang des sozialistischen Lagers ermöglichte und zwang die EU zur Aufnahme der osteuropäischen Staaten, um sie dem Einflussbereich Russlands zu entziehen. Mit der politischen und ökonomischen Eingliederung der osteuropäischen Länder erhofft sich die EU eine stärkere Position (auch gegenüber den USA, die über die NATO ihren Einfluss

hier ausübt) bei der Einflussnahme auf die Entwicklung Russlands.

Gleichzeitig überfordert diese Erweiterung die bisherige Konstruktion der alten EU, die bisher vor allem darin bestand, dass sich Nationalstaaten auf Kompromisse einigten, die mit Geldzuwendungen an die einzelnen Mitgliedsstaaten erkaufte wurden. Die Geldzuwendungen kamen vor allem von den großen Profiteuren wie Deutschland, Niederlande, sowie Großbritannien, Frankreich, Schweden und Österreich, die mit den Zahlungen sich den freien Markt in den EU-Ländern erkaufte und deren Konzerne am meisten davon profitierten.

Befreit vom Weltgegensatz der Gesellschaftssysteme übt das Kapital Druck auf die Regierungen aus, die Allgemein Ausgaben (Verwaltung, Bildung, Soziales, Gesundheit u.a.) weiter zu senken. Mit dem Maastrichter Vertrag wurde 1991 in der EU der Hebel dazu angesetzt: Bei einer gemeinsamen Währung Euro konkurrieren die Nationalstaaten in der Haushalts-, Steuer-, Sozial- und Lohnpolitik in ihrer Attraktivität für das internationale Kapital. Der zunehmende Wettbewerbsdruck führt zu einer Abwärtsspirale bei den nationalen Steuersätzen, den Löhnen und den Sozialleistungen. Mit niedrigen Steuersätzen und Löhnen verstärken die zehn neuen EU-Mitglieder die Abwärtsspirale.

Der Binnenmarkt für Dienstleistungen und die Vollen dung des freien Waren- und Kapitalverkehrs, die mit der Lisabonstrategie angestrebt werden, erleichtern es dem Kapital in zunehmenden Maße Kostenvorteile zu nutzen und nach ständig steigenden Gewinnmargen zu suchen: Mit einer strengen Anwendung der Stabilitätspaktkriterien werden dabei die Lohnunterschiede zwischen den neuen und den alten Mitgliedsländern festgeschrieben. Die Regierungen Ungarns und Tschechiens handelten sich die Kritik der EU-Institutionen ein, als sie durch Anhebung der Mindestlöhne oder der Löhne im öffentlichen Sektor den Lebensstandard in ihren Ländern verbessern wollten.

Dem Unternehmer wird gegeben, der arbeitenden Bevölkerung wird genommen. Zudem lassen Konjunkturrückgang und Arbeitslosigkeit weniger Steuern in die Staatskassen fließen. Damit stehen aber auch weniger Haushaltsmittel für den Ausgleich der Interessen in der EU zur Verfügung. Da also mit Geldzuwendungen an die einzelnen Mitgliedsstaaten Kompromisse nicht mehr wie bisher erkaufte werden können, sind die widerstreitenden Interessen immer schwerer miteinander zu versöhnen, werden gegensätzliche Interessen der national organisierten Kapitale in der EU sichtbar: Muss dann nicht der Beitragsrabatt der Briten fallen? Müssen dann nicht besser die Agrarsubventionen fallen? Im alten EU-Kern muss innenpolitisch abgetastet werden, wie weit der Sozialabbau ohne Rebellion in der Bevölkerung durchgesetzt werden kann. Während die Labourparty beim Sozialabbau anschließt an die Politik Margret Thatchers, haben die Kernländer der EU dabei nicht einen so langen Vorlauf. Doch es geht nicht nur um den traditionellen Verteilungskampf. Die Regierungschefs haben die Auseinandersetzung um den Haushalt mit einer Grundsatzdiskussion über Europa verknüpft.

### Die EU-Verfassung – auch Ausdruck der inneren Schwierigkeiten

Der Verfassungsvertrag selbst bzw. sein Entstehungsprozess ist auch ein Ausdruck der Schwierigkeiten, in der die EU

1) Genauer in »Die verfasste Militarisierung« der Informationsstelle Militarisierung (IMI) e. V. <http://www.imi-online.de>

steckt. Schon 2003 war der Vertrag über Unstimmigkeiten bei den künftigen Entscheidungsstrukturen gescheitert. Die Konfliktlinien verliefen wie bei der Haltung zum Irak-Krieg. 2005 lag nun ein mühsam austariertes Kompromissdokument, in dem jedes Land seine eigenen Besonderheiten festgeschrieben hat, daher die 560 Seiten.

Die deutsch-französische Führung die EU sucht eine stärkere Positionierung im globalen kapitalistischen Konkurrenzkampf in einer politischen Vereinheitlichung über eine Verfassung. Zunehmende wirtschaftliche Integration, die große Osterweiterung und das Schaffen eigener Streitkräfte erfordern einen fester strukturierten politischen Überbau. Der Verfassungsvertrag sieht die Verpflichtung vor, mit neoliberaler Politik die kapitalistischen Marktgesetze ungehindert wirken zu lassen und für die imperialistischen Ziele der EU die dazu gehörige Aufrüstung durchzusetzen.

Weltpolitisch steht die EU in Konkurrenz zu anderen großen wirtschaftlichen und politischen Einheiten, die mit einer Stimme sprechen und als Einheit handeln. Besonders der Vorherrschaft der USA in der Welt kann die EU überhaupt nur versuchen entgegenzutreten, wenn sie mit einer Stimme nach außen spricht und geschlossen handelt. Um dieses Ziel zu erreichen, werden der Neoliberalismus und die Militarisierung zum Gesellschaftsvertrag erhoben. Auch die Regierungen des ehemaligen Ostblocks, die keine historisch gewachsene Bourgeoisie repräsentieren, haben damit den Verfassungsauftrag, den Gesetzen des kapitalistischen Marktes freie Bahn zu schaffen. Kapitalkonzentration und die Freiheit, überall zu investieren, werden gefördert. Diese Grundlage bestimmt dann auch den sozialen Inhalt der Gesellschaft. (Das US-Kapital arbeitet seit zehn Jahren in der Informations- und Kommunikationstechnologie so gewinnbringend, weil es gewerkschaftsfreie Zonen schaffen konnte, die Ausbeutung der Beschäftigten im Produktionsbereich erheblich erhöhte und die Arbeit von Frauen, Latinos und Schwarzen diskriminierte.)

## II. Die Referenden zur EU-Verfassung: Lohnabhängige in Abwehrhaltung

Nachdem in Spanien im Februar ein Referendum zur Ratifizierung der Europäischen Verfassung mit 76 Prozent Ja-Stimmen bei einer Wahlbeteiligung von 42 Prozent Erfolg hatte, setzten auch andere EU-Länder auf einen Erfolg in einem Referendum. Die Spanier standen allerdings noch unter dem Eindruck der EU-Zuwendungen, die das Land als Starthilfe erhielt: Die Arbeitslosigkeit sank auf den tiefsten Stand und das Pro-Kopf-Einkommen wuchs 2004 um über drei Prozent, weit mehr als sonst wo in Europa. Doch was folgte, war das Nein in zwei Gründungsstaaten der EU.

### Das NON der Franzosen

Bei einer Wahlbeteiligung von über 70 Prozent haben die Franzosen mit einer deutlichen Mehrheit von fast 56 Prozent gegen die EU-Verfassung gestimmt. Das »Frankreich von unten« hatte dem Verfassungsvertrag seit Einleitung der Kampagne misstrauisch bis ablehnend gegenüber gestanden. Das Nein der Franzosen im Referendum war ein Protest gegen die neoliberale Politik der Regierungen.

### Die linke Propaganda gegen die Verfassung:

Während die staatstragenden Parteien und Institutionen ihre Propaganda auf »Europa ja oder nein« oder gar auf ein »mächtiges Europa« abgestellt hatten und sich wohlweislich nicht konkret zur Verfassung äußerten, ging es der Linken, kleineren und größeren Gruppen, der CGT, der KPF und der linken Opposition in der Sozialistischen Partei um die Verteidigung der Arbeitsplätze und der Renten, um die Verteidigung der noch nicht privatisierten öffentlichen Einrichtungen. Kurz: es ging um die Verteidigung all dessen, was das wirtschaftsliberale Verfassungsmodell abbauen möchte, um überall die Prekarisierung der Arbeit, also die Herrschaft des Marktes, der »freien und unverfälschten Konkurrenz« durchzusetzen. Angleichung der sozialen Mindeststandards nach oben statt Sozialdumping forderten die linken Kritiker und Kritikerinnen. So lehnte z.B. die Vereinigung linker Feministinnen »Femmes solidaires« den Verfassungstext ab, weil Frauen als erste von prekärer Beschäftigung, Teilzeitarbeit und dem Zwang zur Flexibilität betroffen seien.

Während die extreme Rechte und auch konservative Verfassungsbefürworter sich gegen einen Beitritt der Türkei wandten, traten die meisten linken Neinsager für einen Beitritt ein, allerdings an demokratische Voraussetzungen geknüpft.

Trotz ihrer eingeschränkten Möglichkeiten – die sie im Gegensatz zu den Herrschenden hatten – gelang es den Aktivistinnen von der Linken, vielen Menschen wesentliche Inhalte des Verfassungsvertrages zu vermitteln.

### Auf welchem Boden fiel ihre Propaganda?

Immer neuen Rekordzahlen von Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern steigern die Besorgnis in der Bevölkerung. Jeder fünfte Jugendliche hat keinen Arbeitsplatz. Befürchtet werden weitere Auslagerungen von Arbeitsplätzen. Die vorgesehene Dienstleistungsrichtlinie stand in Frankreich stärker in der öffentlichen Kritik als in Deutschland. Mit ihr könnte das Kapital die sozialen Unterschiede in Europa für sich rücksichtslos ausnutzen: Die Spanne der durchschnittlichen Stundenlohnkosten in der Industrie zwischen Westdeutschland mit 27 Euro und drei Euro in Litauen zeigt das Problem deutlich. Seit den achtziger Jahren treiben die Regierungen von links und rechts die Privatisierung voran, um Kapitaleignern weitere Anlagemöglichkeiten zu geben. Sie ließen sich dabei nicht durch die Proteste der Schüler, Ärzte oder Eisenbahner beirren. (Bisher privatisierten die Sozialisten noch mehr Staatsunternehmen als die Bürgerlichen, und den Bürgerlichen half es nichts, Entscheidungen über Privatisierungen bis nach dem Referendum aufzuschieben.)

Im Ringen um die Einflussphären auf dem Globus muss das europäische Kapital konkurrenzfähig zu den USA und den asiatischen Wirtschaftszentren sein. Doch die Arbeiter wollen nicht Opfer einer Politik werden, die sie einer Lohnkonkurrenz im Landesinneren und innerhalb der EU aussetzt. Auch wenn die Hälfte der Franzosen nicht weiß, welche Länder zur Zeit zur Europäischen Union gehören – schließlich stimmten selbst die Abgeordneten des Deutschen Bundestages der EU-Verfassung zu, ohne ihren Inhalt zu ken-

2) In einem innerparteilichen Referendum hatten 59 Prozent der Mitglieder für und 41 Prozent gegen den EU-Verfassungsentwurf gestimmt. Die Verfassungsgegner haben also die Parteidisziplin »gebrochen«.

nen – Sozialdumping und die Sorge vor einer Auslagerung von Arbeitsplätzen bringt viele gegen die EU auf. Der Nutzen, den die herrschende Klasse aus der langjährigen Anwesenheit der Migranten aus Nordafrika und der Türkei gezogen hat, indem sie die Arbeiterklasse auch hiermit gespalten haben, kehrte sich im Referendum in der Angst vor Lohnkonkurrenz aus anderen Ländern gegen sie.

Alle französischen Regierungen, gleich welcher Couleur, haben der Bevölkerung erst die alte EWG, dann die EG und heute die EU immer als Schutzwall in einer feindlichen Welt angepriesen. Konkret bedeutete das: soziale Standards auf Kosten der Menschen der ehemaligen Kolonialgebiete erhalten. Der Drang des Kapitals, das Gebiet der schrankenlosen Ausbeutung weiter auszudehnen, lässt nun das innere Konfliktpotential anwachsen. Er schürt unter den westeuropäischen Lohnabhängigen das Gefühl, einer Allmacht ausgeliefert zu sein, die sich grenzenlos ausbreitet. Ihr NEIN ist damit auch zum Ventil für den Unmut gegen den zunehmenden Konkurrenzkampf in der Welt geworden.

### **Das NEE der Niederländer**

Bei einer Beteiligung von knapp 64 Prozent stimmten beim Referendum in den Niederlanden 61,7 Prozent mit Nein. Die Beteiligung lag damit etwas 25 Prozent höher als bei den letzten Wahlen zum EU-Parlament.

Auch die Niederländer sind über die Details der Charta nicht voll auf dem Laufenden. Kaum jemand kennt oder versteht – wie im übrigen Europa – das 530 Seiten starke Vertragswerk. Aber sie sehen, dass in Brüssel Dinge gemacht werden, die sie niemals gefordert haben. Unternehmer, Gewerkschaften, Kirchen traten für die EU-Verfassung ein. Doch die Lohnabhängigen kennen ihre Politiker, die für ein »Ja« geworben haben. Je stärker die »Informationskampagne« der Regierung angeworfen wurde, um der sich abzeichnenden Ablehnung zu begegnen, umso mehr Skeptiker wurden mobilisiert. Die Propaganda der Regierung und die eigenen Erfahrungen passten nicht mehr zusammen. So ist zwischen den Regierenden und den Empfindungen der niederländischen Lohnabhängigen ein tiefer Graben entstanden. Die Mitgliederzahlen der Parteien befinden sich in kontinuierlichem Fall. Der Höhepunkt, das eigene Volk nicht ernst zu nehmen, war die Diskussion der Regierung über die Frage, ob sie nicht bei einem »Nein« in Frankreich die Volksbefragung absagen sollte.

Der rechtsradikale Wilders nutzte die Besorgnis vieler Menschen über den Zustrom von Immigranten, den die Erweiterung der EU mit sich bringen könnte, mit einer Kampagne gegen die Aufnahme der Türkei aus. Das Komitee »Grondwet Nee« (Verfassung Nein!) und die seit 1972 existierende Socialistische Partij (SP) der Niederlande, die ca. 28.000 Mitglieder und bei den Parlamentswahlen 2003 5,6 Prozent der Stimmen bekommen hatte, organisierten die Propaganda gegen die EU-Verfassung von links. Seitdem die sozialdemokratische PvdA zusammen mit Rechts verantwortlich wurde für den teilweisen Abbau der sozialen Standards, konnte die SP seit 1994 im ganzen Land politisch die alte Rolle auf der linken Seite der Arbeiterbewegung besetzen.

Die Aktivisten des »NEE« erfuhren auf ihren Veranstaltungen, dass die Besorgnis der Lohnabhängigen nicht entscheidend durch Fremdenfeindlichkeit geprägt war, sondern vielfältig war und ist. Die Angst, den im Laufe der letzten 50

Jahre errungenen sozialen Besitzstand zu verlieren, hatte ein großes Gewicht. Die Verärgerung über die Teuerung, die der Euro mit sich brachte, ist groß. Die Menschen spüren die Einschnitte der konservativen Regierung bei der Frührente, Arbeitslosengeld und Gesundheitsversicherung, die vom Komitee und der SP in den Zusammenhang der neoliberalen Regierungspolitik gestellt wurden. Dass im letzten Jahr erstmals seit 20 Jahren wieder Hunderttausende gegen den Sozialabbau auf die Straße gegangen waren, hatte sogar die aufrufenden Gewerkschaften verblüfft. Viele Menschen sind besorgt über das geringe Gewicht des Europaparlamentes. Die Hinweise der Aktiven des Komitees und der SP auf die militaristischen Aspekte der Charta fielen auf fruchtbaren Boden: Viele Niederländer sind gegen den Kriegeinsatz im Irak, und einige können sich noch an den vorigen Einsatz in Bosnien erinnern. Auch drohende Privatisierung der öffentlichen Dienste wie z.B. Bildung und Gesundheit geriet ins Bewusstsein der Menschen.

Das NEE beim Referendum speist sich also aus verschiedenen Gründen. Die tiefere Ursache der Ablehnung der Verfassung durch die Mehrheit der Bevölkerung jedoch ist das Misstrauen gegenüber den politischen Parteien, der Regierung und der politischen Führung in ihrer Gesamtheit.

### **III. Probleme von Sozialpartnern und »Linken« mit Europa**

Die »Europäisierung von oben« ist das Werk der bürgerlichen Regierungen, die das erste halbe Jahrhundert kontinentaler Integration unter sich ausmachten. Die Masse der Menschen in den Mitgliedsländern der EU sieht sich ohne Einfluss auf die Brüsseler Einrichtung. Selbst das EU-Parlament – die bürgerliche Demokratieeinrichtung – hat nur beschränkte Rechte: Zwar darf der eigene EU-Abgeordnete inzwischen bei Gesetzen mitentscheiden. Aber den Kommissionspräsidenten küren allein die 25 Regierungen – ohne Rücksicht auf das Ergebnis der Europawahl.

Für die Menschen in der EU spürbar ist: Mit der Entwicklung der Europäischen Union sind nach und nach auf vielen Gebieten Beschränkungen durch nationale Grenzen weggefallen, das erleichtert z.B. Reisemöglichkeiten. Objektiv gesehen ist die Überwindung nationaler Beschränktheit auch im historischen Interesse der internationalen Arbeiterbewegung. Durchgeführt wird diese Integration jedoch von den Agenten des Kapitals im Sinne ihrer Interessen: Ausbeutung der Lohnabhängigen vergrößern, um Profite zu erhöhen, global imperialistische Interessen durchsetzen: Rohstoffquellen, Energiequellen, billige Arbeitskräfte, Absatzmärkte sichern und günstig miteinander verknüpfen können. Die Spannweite zwischen der positiven Seite der Überwindung der nationalen Grenzen und der negativen Seite der Verstärkung der kapitalistischen Ausbeutung und weltweiten Kriegsgefahr lässt »Linke« zu unterschiedlichen politischen Antworten kommen.

Bis in die 80er Jahre hinein konnte sich z.B. die Linke in Italien noch mit den Worten »Europa vom Atlantik bis zum Ural« von der EWG absetzen. Nach dem Niedergang des Sozialismus sowjetischer Prägung ist eine unkritische Wende in der Europapolitik festzustellen.

In Italien werden die öffentlichen Strukturen und die sozialen Dienste nicht so verteidigt wie in Frankreich. Kriti-

ker des Verfassungsvertrages der »No-global«-Bewegung fürchten, bei einem NEIN mit der rechtspopulistischen Lega Nord, als Ausländerfeinde angesehen und mit ihnen in einen Topf geworfen zu werden. Es macht sich negativ bemerkbar, dass von Rifondazione Comunista (PRC) zur EU keine klare Klassenposition vertreten wird. Unter den Gewerkschaften nehmen – im Gegensatz zu allen sozialpartnerschaftlichen Gewerkschaftsverbänden – nur Metallarbeitergewerkschaft FIOM und die Cobas einen kritischen Standpunkt ein.

In Italien wie in Deutschland sagen Reformisten »*lieber einen Kapitalismus mit Regeln als ohne*« und stimmen der Verfassung zu. Die PDS möchte gern die demokratische Legitimationsgrundlage der EU umfassend stärken und glaubt, die im Verfassungsvertrag enthaltenen »Fortschritte« müssten verteidigt werden. Doch die Realität ist eine andere: Die verfassungsmäßig garantierte Freiheit des Kapitals lässt alle sozialen Punkte der Verfassung Makulatur sein. Niedergeschriebene soziale Zielsetzungen sollen nur die sozialpartnerschaftlich orientierten Organisationen ins Boot ziehen.

Der DGB-Vorsitzende Sommer meint im Magazin der Hans-Böckler-Stiftung »Mitbestimmung« (Juni 2005), die EU-Verfassung könnte ein Fundament für Zivilisierung eines ungezügelter Kapitalismus sein. Damit spricht Sommer für die sozialpartnerschaftlichen Gewerkschaften in Europa. »Gezügelt« worden war der Kapitalismus nach dem 2. Weltkrieg durch die Versuche, den Sozialismus in der Sowjetunion und in China aufzubauen. Der Weltgegensatz der Gesellschaftssysteme hatte den Kapitalismus zu sozialen Zugeständnissen an die Arbeiterklassen gezwungen, keine Verfassung. Nutznießer waren die reformistischen Gewerkschaften gewesen.

Karin Benz-Overhage vom IG-Metall-Vorstand pries in Warschau die mittlerweile 730 Eurobetriebsräte als die »*wirkungsvollsten Multiplikatoren der Mitbestimmung in Europa*« an. Doch die historischen Voraussetzungen für die Mitbestimmung, die Sommer als Vorbild für die ganze EU sieht, sind mit dem Zusammenbruch des Sozialismus sowjetischer Prägung nicht mehr gegeben. Die Unternehmer wollen sich ihrer entledigen, wie die Kampagne bei VW zeigt. Während der DGB-Vorsitzende sie noch als wertvoll »*für die Beschäftigungssicherung, für Innovationen, für Investitions- und Standortentscheidungen*« anpreist, ist im Kapitalismus längst die alte Triebkraft wieder allein bestimmend geworden: Je höher der zu erwartende Gewinn, desto aggressiver wird das Kapital. Gegen die »freie und unverfälschte Konkurrenz« der Unternehmer helfen keine papiernen Paragraphen, sie ist unvereinbar mit den sozialen und politischen Interessen der Lohnabhängigen.

Der DGB tönt, auf europäischer Ebene müsse gegengesteuert werden. Dafür brauche man einen »europäischen Sozialvertrag«, der die EU-Verfassung ergänzen solle. Doch in einen Kampf um ihre Interessen will der DGB die Lohnabhängigen nicht führen. Zwar ist unter den Gewerkschaftsbürokraten ein zunehmendes Bewusstsein für die europäischen Dimension festzustellen und es gibt ganz zarte erste Ansätze hier zu agieren (Kooperation mit den Sozialforen seit Sommer/Herbst 2004, die europaweite Demo gegen die Bolkestein-Richtlinie in Brüssel im März 2005, gelegentliche länderübergreifende gemeinsame Streikaktionen, wie derzeit bei Electrolux, vorsichtige Dreiländer-Kooperationen bzw. – Austausch zwischen BRD und Benelux einerseits und BRD-Polen-Tschechischer Republik andererseits), doch geben sie

ihre in sozialpartnerschaftlicher Perspektive geführte Stellvertreterpolitik nicht auf. Wenn die IG BAU bei einem Verdacht den deutschen Zoll benachrichtigt und gegen illegal beschäftigte ausländische Arbeiter vorgehen lässt, so verbaut sie damit den notwendigen gemeinsamen Kampf der Bauarbeiter gegen ihre Ausbeutung.

### Proletarische Zielsetzungen in Europa

Das Referendum hat wie bei Wahlen eine Stimmung in der Bevölkerung aufgezeigt. Drei Viertel der französischen Arbeiter hat zur EU-Verfassung »NON«, die Mehrheit der Lohnabhängigen in den Niederlanden »Nee« gesagt. Ihrer Entscheidung liegen die gleichen Ängste zugrunde. Sie wollen nicht Opfer der totalen Unterwerfung der Regierungspolitik unter die Kapitalsinteressen sein. Das Nein ist eine Verweigerung, zeigt aber noch keinen Weg. Ein Stolperstein ist den herrschenden Klassen in den Weg gelegt worden. Die Klassenherrschaft bleibt erhalten.

Einem Europa der Lohnabhängigen steht – bei aller Unzufriedenheit und allem Verdruss – z.B. noch das Standortdenken entgegen. Die großen Konzerne schaffen es noch immer, die Belegschaften ihrer einzelnen Standorte in Europa zu einander in Konkurrenz zu setzen. Nationale Grenzen sind kein Schutz vor Sozialabbau. Welche Perspektive haben denn z.B. polnische und ungarische Schlachter, wenn durch Kapitalkonzentration die kleinen Schlachthöfe geschlossen und in den wenigen großen, modernen Schlachthöfen kaum noch Schlachter beschäftigt werden? Die sozialpartnerschaftliche Politik des Europäischen Gewerkschaftsbundes, der Einzelgewerkschaften und der Co-Manager in den Betriebsräten ist den Beschäftigten keine Stütze gegen diese Konzernpolitik.

Das Kapital setzt auch nach dem Referendum die Lohnabhängigen in Konkurrenz zueinander. In den neuen Mitgliedsländern haben sie keine Chance, Löhne durchzusetzen, die ihrer Produktivität entsprechen. Die Lohnabhängigen in Ost- und Westeuropa werden mit dem Ziel möglichst hoher Profite gegeneinander ausgespielt, erpresst.

Nur wenn sich grenzüberschreitender Widerstand gegen Sozialabbau und Ausbeutung entwickelt, kann das Ergebnis der Referenden in Frankreich und den Niederlanden zu mehr werden als ein einmaliger Protest. Die Lohnabhängigen der kapitalistischen Zentren stehen vor der Frage: Wie können die Interessen der abhängig Beschäftigten über die Grenzen des eigenen Landes hinaus – gemeinsam, europaweit und international – vertreten werden. Die Kampagne der Linken in Frankreich ist ein Beispiel für ein Kämpfen in einheitlicher Front – ohne störenden Parteiegoismus.

Grenzübergreifenden Widerstand gegen Sozialabbau gibt es kaum. Die zersplitterte gewerkschaftliche Landschaft in Europa bietet dafür keine guten Voraussetzungen. Wichtig wäre vor allem, in den Gewerkschaften erst einmal zur Sprache zu bringen, EU-weite Kampagnen gegen Sozialdumping und für Arbeitszeitverkürzungen bei vollem Lohn- und Gehaltsausgleich zu führen. Bislang ist das kein Thema der Gewerkschaftsmitglieder gewesen.

Lokalen Bündnissen gegen Sozialabbau (mit nationalen Verbindungen) bietet sich nach den beiden Referenden ein breites Arbeitsfeld bei der Herstellung von europaweiten Verbindungen gegen Sozialabbau. Unter den Arbeitslosen und prekär Beschäftigten gibt es nicht wenige mit Sprachkenntnissen.

20. August 2005 ■

### Teil 3: Die Rolle der Gewerkschaften: stärkste soziale Stütze der Herrschaft des Kapitals



Es kommt nicht häufig vor, dass Belegschaften die sozialpartnerschaftliche Zusammenarbeit durch die deutschen Gewerkschaften durch ihre Aktionen in Frage stellen: Auf dem Foto die Belegschaft von DaimlerChrysler aus Untertürkheim am 15. Juli 2004.

Nirgendwo hat der weltpolitische Gegensatz der Gesellschaftssysteme die Beziehungen zwischen den Klassen und damit die Organisationen der Arbeiterklasse derart stark geprägt, wie in der Bundesrepublik Deutschland. Der Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg und die sozialen Absicherungen dienten in der BRD dem Kampf gegen den Kommunismus. Das »Wirtschaftswunder« Westdeutschlands, ermöglicht durch den Marshallplan, die Marktlücken und die Konjunktur, die der Koreakrieg hervorrief, machte ökonomische Zugeständnisse des Kapitals an die Arbeiterklasse auch möglich. Den Westmächten genügten die wissenschaftlichen und technischen Spezialisten, während die DDR die großen Lasten der Reparationen für die Sowjetunion zu tragen hatte. Westdeutschland wurde vom internationalen Kapital als Schaufenster des Westens gegenüber Osteuropa gebraucht. Eine Wirkung war der Flüchtlingsstrom aus dem Osten zum Westen. Mit ihm gingen viele Fachleute von einem Teil in den anderen Teil Deutschlands. Die westdeutsche Arbeiterklasse war damit materiell der eigentliche Gewinner des sozialistischen Aufbaus in der DDR. Nur war ihr das nicht bewusst. Die Lorbeeren der sozialen Verbesserungen hefteten sich die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften an, die entscheidenden antikommunistischen Stützen der herrschenden Klasse in der Arbeiterklasse.

Regional hatte es nach 1945 zwar Arbeiterinitiativen zur Gründung von Gewerkschaften gegeben, doch in allen Besatzungsteilen 1 und 2 erschienen in »Arbeiterpolitik« Nr. 4/15.5.2005

zungenzonen erhielten sie ihre Lizenz von den Besatzungsmächten erst, nachdem ihre integrative Funktion gesichert war. Der Preis, den die herrschende Klasse der BRD zu zahlen hatte, waren begrenzte soziale Mitbestimmungsrechte von Betriebsräten und Gewerkschaften, mit denen gleichzeitig Sozialisierungsbestrebungen begegnet wurde. Soziale Absicherungen folgten und mit der Konjunktur steigende Löhne. Die Gewerkschaften in der BRD präsentierten sich erfolgreich (das entsprach auch ihrem Selbstverständnis) als Träger des sozialen Fortschritts.

Unter dem Druck der Systemkonkurrenz mit dem Sozialismus konnte das Kapital in den Metropolen des Imperialismus die Arbeiterklasse durch spürbare soziale Zugeständnisse in dem Glauben wiegen, eine reformistische Politik werde den Kapitalismus entschärfen. Indem SPD und Gewerkschaftsführungen die bürgerliche Ideologie (»Wir sitzen alle in einem Boot«, »Geht es dem Unternehmen gut, geht es mir gut«) in die Reihen der Lohnabhängigen trugen, sind sie die stärkste soziale Stütze der Kapitalsherrschaft geworden.

#### Der DGB bei der Angliederung der DDR

Auch bei der Übernahme der DDR durch die BRD spielten die Gewerkschaften die Rolle des antikommunistischen Bollwerks. Für sie war es selbstverständlich, ihr gewerkschaftliches Modell der Klassenharmonie und -zusammenarbeit in die neuen Bundesländer zu exportieren und damit gleichzeitig ihre Einnahmen durch die Übernahme von Millionen ehe-

maliger Mitglieder des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes zu steigern. Die Werktätigen in den neuen Ländern verzichteten zugunsten des Übertritts auf eine Erneuerung des FDGB. Sie akzeptierten – bei ihrer durch große Erwartungen bestimmten Entscheidung für die Marktwirtschaft – die westdeutschen Gewerkschaften zunächst auch als Träger der sozialen Interessen.

Die Gewerkschaften beteiligten sich damit zugleich an der Zerstörung der Grundlage, auf der sie in der Vergangenheit »ihre Erfolge« erringen konnten. Mit der Beseitigung der DDR als realsozialistischem Staat wurde auch die »soziale Marktwirtschaft«, d.h. die Zugeständnisse an die Gewerkschaften, überflüssig. Deren Rolle in den neuen Ländern zeigte sich u.a. im Abschluss von Tarifen zweiter Klasse sowie der weitgehend passiven Hinnahme des industriellen Kahlschlages. Wo Widerstand oder Protest sich zu entwickeln drohte, wurde er auch mit Hilfe des westdeutschen Gewerkschaftsapparates bekämpft. Dabei bestimmten in der Standortkonkurrenz die Interessen der westdeutschen Mitglieder das Verhalten der betroffenen Gewerkschaft. (Siehe Bischofferode oder jüngst den 35-Stunden-Streik der IGM in den neuen Ländern, bei dem westdeutsche Betriebsratsführer bewusst mit zur Niederlage beisteuerten).

Wie stark sich das Kräfteverhältnis zwischen Arbeiterklasse und Kapital 14 Jahre nach der Vereinigung gewandelt hat, zeigen die jüngsten Auseinandersetzungen. Nicht die schrittweise Angleichung der Lebensverhältnisse an das Westniveau, sondern die Absenkung von Löhnen und Arbeitszeit auf Ostniveau wird von den Unternehmern auf die Tagesordnung gesetzt.

### **Versagen auf internationaler Ebene**

Auch international haben die westdeutschen Gewerkschaften immer ihre antikommunistische Aufgabe wahrgenommen. Zu kommunistisch geführten Organisationen wurde der Kontakt verweigert bzw. ihnen wurde die praktische Unterstützung verwehrt, wie den englischen Bergleuten in den 80er Jahren. Auch als es galt, die »kommunistische Gefahr« z.B. in Portugal oder Spanien (in der Zeit nach der Diktatur) zu bannen, waren SPD und Gewerkschaften mit praktischer und finanzieller Unterstützung der entsprechenden Organisationen und Personen präsent.

Das gleiche gilt, wo Gewerkschaftsvorstände und Gesamtbetriebsräte über deutsche Großkonzerne international tätig werden. Dort versuchen sie das Modell der Klassenharmonie, der friedlichen Zusammenarbeit mit dem Kapital zu exportieren. Wo sich KollegInnen gegen die Konzerne wehren und nicht in diesem Rahmen verbleiben, weil die Zustände in ihren Ländern dies gar nicht erlauben, erhalten sie keine Unterstützung aus den Gewerkschaftsapparaten. Die verantwortlichen Gewerkschaftsfunktionäre stehen in solchen Fällen hinter »ihren« Konzernen. Die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem Sozialpartner ist ihnen politisch wichtiger als die Interessen irgendeiner Belegschaft in Lateinamerika oder Südafrika etc. Nur über die Aktivitäten selbständig denkender und handelnder KollegInnen kann dies durchbrochen werden, weil die zuständigen Gewerkschaftsinstanzen u.a. durch Öffentlichkeitsarbeit auch moralisch unter Druck geraten.

Mit der propagandistischen Behauptung, die öffentlichen Dienste müssten europaweit »wettbewerbsfähig« sein, wird der öffentliche Dienst auf ein »Kerngeschäft« reduziert. Per-

sonalkosten werden gesenkt, Personal wird abgebaut, Arbeitszeit wird verlängert. Eine letzte Bastion gegen neoliberale Ideologie soll geschleift werden (Kündigungsregeln, Familienzuschläge, Zeitaufstiege, höhere rechtliche Sicherheit als anderswo). Und als Stütze dieser Gesellschaftsordnung »gestalten« die Gewerkschaften kräftig mit.

### **Gewerkschaften Mitgestalter bei Privatisierungen**

ver.di und Transnet sind auch dabei, die Privatisierungen produktiv zu begleiten und zu gestalten. Auch wenn sich das bei ver.di manchmal verbal anders anhört (*»Gesundheit ist keine Ware«*), die alte ÖTV und jetzt ver.di sind feste Stützen der Privatisierungen in allen Bereichen des öffentlichen Dienstes. Betroffen sind Millionen Beschäftigte im Fernverkehr (DB AG/Transnet), im Personennahverkehr, in den Krankenhäusern, Kindertagesstätten und sozialen Diensten. Parallel zur Privatisierung werden die Tarife abgesenkt. Das schlägt unmittelbar durch auf die freien Träger, bei denen auch Hunderttausende beschäftigt sind (Rotes Kreuz, Caritas, Diakonie, Arbeiterwohlfahrt usw. mit all ihren Einrichtungen). Notlagentarifverträge, welche die Löhne noch unter das Niveau der privatisierten öffentlichen Bereiche drücken, sind die Regel geworden. Dieser Bereich lebte vom 2. und 3. Arbeitsmarkt oder von Ersatzdienstleistenden, gerade hier greift auch Hartz IV und die Ein-Euro-Jobs.

Hier zeigt sich dramatisch die Spaltung innerhalb der lohnabhängigen Bevölkerung, die zu unterschiedlichen Ausgangsbedingungen für Gegenwehr führt. Sie vertieft und verschärft sich. (Das hat objektive Gründe, und ist durch Appelle nicht aus der Welt zu schaffen). Durch die Beschränkung der Gewerkschaften auf die Tarifpolitik kommt nicht nur für die unmittelbar Betroffenen nichts mehr heraus, sie allein kann auch kein Beitrag zu Überwindung der Spaltung der lohnabhängigen Bevölkerung sein. Tarifverhandlungen schließen alle nicht unmittelbar Betroffenen aus, und immer weniger Beschäftigte werden zu tariflichen Bedingungen beschäftigt.

### **Arbeitsplatzvernichtung weltweit**

Neben der Deutschen Bank und Henkel ist besonders Siemens ein Beispiel für weltweite Arbeitsplatzvernichtung. Von den Produktionsstandorten in Lateinamerika über die USA und Westeuropa ist die Vernichtung von Arbeitsplätzen zu verfolgen. In Deutschland sind nur noch 164.000 der insgesamt 430.000 Siemens-Angestellten tätig, 1992 waren es noch 252.000. Trotz der weltweiten Entlassungen gab es bisher keine gemeinsame gewerkschaftliche Gegenwehr über den einzelnen Betrieb hinaus; gar nicht zu reden von Ländergrenzen. In der Gewerkschaft, bei den Betriebsräten und in den Belegschaften ist noch der Glaube vorherrschend: Wenn wir gemeinsam mit der Firmenleitung die Wettbewerbsfähigkeit, also den Profit des eigenen Standortes sichern, gehören wir zu denen, wo investiert und erweitert wird; folglich ist unser Arbeitsplatz sicher.

Der Generalsekretär der südafrikanischen Gewerkschaft Cosatu hat auf einer Konferenz geäußert: *»Die multinationalen Unternehmen wechseln mit wachsender Geschwindigkeit von einem Kontinent zum nächsten, auf der Suche nach Inseln, wo sie die Arbeiter besser und ohne Einschränkungen ausbeuten können. In Südafrika haben wir dies erlebt. Zahlreiche Unternehmen haben in Nachbarländer verlagert und jetzt werden diese Produkte importiert.«* Und er stellt die



Frage: »Wie können wir unsere Interessen wahren, wenn Unternehmen faire Arbeitsstandards in einem Land unterlaufen, und in das nächste wechseln, wo schlechte Löhne bezahlt werden und das damit lockt, dass es keinen Schutz für die Arbeiter gibt? Wie antworten wir auf die Anforderung der Bosse, dass wir gegen andere Arbeiter konkurrieren sollen, in einer Weise, dass wir erst unsere Teepause hergeben, dann die Mittagspause, dass wir länger arbeiten, den Mutterchutz und die Verantwortung für die Familie aufgeben, und so weiter und so fort, in der Hoffnung, damit die Betriebe innerhalb unserer Grenzen zu halten, so dass wir unsere Jobs behalten können?«

Produktionsverlagerung ist also nicht ein besonderes Problem einer kleinen Gruppe von bisher »privilegierten Kernbelegschaften« in den kapitalistischen Zentren, sondern ein globales Problem der Lohnabhängigen. Auf der ganzen Welt wollen die Konzerne die Arbeitskraft billiger haben, die Gewinne möglichst schnell und hoch steigern, um die Anteilseigner zufrieden stellen zu können und im globalen Konkurrenzkampf bestehen zu können.

## Standortpolitik mit Lohnsenkung – Antwort der Gewerkschaften

### Abbau der bevorzugten Stellung

Die gewerkschaftlichen Niederlagen bei Siemens, Daimler, Karstadt, VW und Opel wirkten wie ein Dambruch. Zwar werden die gewerkschaftlichen Möglichkeiten schon seit zwei Jahrzehnten beschnitten, doch im Jahr 2004 wurde es auch über die Medien deutlich: Die über Jahrzehnte über tariflich entlohnten Schichten der Lohnabhängigen in Deutschland verlieren die Sicherheit ihrer bevorzugten Stellung gegenüber den Lohnabhängigen anderer Länder.

Von niedrigen Rohstoffpreisen, niedrigen Benzinpreisen, niedrigen Preisen von Waren der Südhalbkugel profitierten eben auch die Lohnabhängigen der kapitalistischen Zentren. Zwar gingen Arbeitsplätze durch Verlagerung der Textilproduktion ins Ausland verloren; niedrige Preise für Kleidung und Unterhaltungselektronik aus z.B. Ost- und Südasiens trugen jedoch zu einem (allerdings unterschiedlich) hohen Lebensstandard bei. (Die Arbeiterbewegung am Anfang des 20. Jahrhunderts hat von unserem Lebensstandard als Sozialismus geträumt.)

Die Verschärfung des globalen Konkurrenzkampfes, die Gier der Anteilseigner nach dem schnellen Gewinn bei weltweitem Vergleich führt für die lohnabhängig Beschäftigten zu weiteren Schritten im Abbau der bisher gewährten Zugeständnisse. Vor allem in Westeuropa und besonders in Deutschland wirken jedoch nach wie vor die relative Privilegierung von Schichten der Lohnabhängigen nach, aber auch die Desorientierung der durch Angst vor sozialem Abstieg geleiteten Menschen. Die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes macht die noch beschäftigten Lohnabhängigen erpressbar und steigert die Bereitschaft zu Zugeständnissen bei der Verlängerung der Arbeitszeit oder beim Lohnabbau.

Ein Blick über die Grenze zeigte, dass es in den Nachbarländern noch schlechter ist. Gegen die Herausbildung von Klassenbewusstsein wirkt auch die Anwesenheit vieler ausländischer Arbeiter: Schon allein die Erfahrung mit unterschiedlicher Kultur verursacht Spaltung, die von der herrschenden Klasse gefördert wird. Mit der Parole Ausländer



nehmen uns die Arbeitsplätze weg, können Rechtsradikale und die Unionsparteien noch immer bei einem nicht kleinen Teil der Bevölkerung ein Ohr finden. Die bürgerliche Propaganda begrenzt die Rolle der Frau wieder auf »Hausfrau und Mutter«. Vorurteile unter den verschiedenen Berufsgruppen der Lohnabhängigen werden von der bürgerlichen Propaganda hochgespielt und zur Spaltung ausgenutzt.

Viele junge Menschen müssen sich als Honorarjobber, mit Leih- und Zeitarbeit, befristeten Arbeitsverträge oder mit Ein-Euro-Jobs durchschlagen. Sie sind in keinem festen Arbeitsverhältnis und trotz Arbeit arbeitslos. In einem Großbetrieb wirken Prekarisierungsängste disziplinierend, auch wenn nur wenige Leiharbeiter beschäftigt sind. Erhöhter Leistungsdruck bei Beschäftigten mit festem Arbeitsvertrag ist eine Folge. Eine Jugend, von der ein Drittel nicht weiß, was Normalarbeitsverhältnisse sind, und viele nicht glauben, jemals in einem solchen zu arbeiten, findet nicht aus sich heraus zum Kampf um Arbeitsplätze.

Erleichtert wird der Angriff der herrschende Klasse auf die sozialen Standards dadurch, dass der Weltgegensatz der Gesellschaftssysteme mit dem Niedergang des Realsozialismus weggefallen ist, ein sozialistischer Ausweg mit den negativen Bild des ehemaligen Realsozialismus verbunden wird. Die Arbeiter des früheren Ostblocks haben sich dem Kapitalismus zugewendet und keine sozialistische Demokratie erkämpft. Sozialismus wird u.a. mit Fremdbestimmung, Freiheitseinschränkungen, Bespitzelung und niedrigem Lebensstandard verbunden.

### Standortpolitik der Gewerkschaften

Mit ihrer Stellvertreterpolitik moderieren die Gewerkschaftsvorstände wie auch Betriebsräte heute nur noch Lohnsenkung und Arbeitszeitverlängerung. Ihr Selbstverständnis als Träger des sozialen Fortschritts ist verfliegen. Sie nehmen Massenarbeitslosigkeit als unabänderlich hin. Gegen die Arbeitslosigkeit helfen keine Tarifverhandlungen. Sie wird durch die Steigerung der Produktivität verursacht.

Entpolitisiert nehmen die Mitglieder keinen Einfluss auf die Politik der Gewerkschaft. Selbst auf lokaler Ebene können die Gewerkschaften zur Verteidigung ihrer Interessen

überhaupt nur genutzt werden, wenn die Mitglieder selber aktiv werden. Als Tarifpartner zum sozialen Ordnungsfaktor geworden, sind die Gewerkschaftsspitzen dazu nicht in der Lage. Denn sie können diese sozialpolitische Ordnungsfunktion überhaupt nur wahrnehmen durch ihre Abkoppelung vom unmittelbaren Mitgliedereinfluss. Die Gewerkschaftsspitzen sind in ihrer Funktion nicht auf Solidarität und Kampfbereitschaft der Mitglieder angewiesen. Ihre Antwort auf die Drohungen der Unternehmer, Produktion in Billiglohnländer zu verlagern, heißt deshalb auch nicht Aufklärung über die Klassenlage und Mobilisierung der Lohnabhängigen, sondern: Über die Mitbestimmung die Unternehmen des Landes fit machen für den globalen Konkurrenzkampf. Welch eine Verachtung der Rechte der Lohnabhängigen anderer Länder, auch der GewerkschaftskollegInnen in den anderen EU-Ländern, steckt in diesem Vorgehen! Hier sind bereits nationalistische Positionen angelegt.

Gewerkschaften wurden gegründet, um der Konkurrenz zwischen den Arbeitenden entgegenzuwirken. Was die Gewerkschaftsvorstände und desorientierte Belegschaften heute tun, ist das Gegenteil. In NRW hat die IG Metall das Ziel proklamiert, die Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit der Unternehmen zu erhöhen. Lohnkostensenkung, auch in Form von Arbeitszeitverlängerung und Senkung der Lohnnebenkosten, Sozialabbau allgemein akzeptabel für die Lohnabhängigen machen, damit sich möglichst kein Widerstand entwickeln kann, das ist die den Gewerkschaften in der »Sozialpartnerschaft« zugestandene Aufgabe. Unfähig, den Kampf der Lohnabhängigen um ihre Interessen zu organisieren, propagiert der DGB nun das Jahr 2005 zum Jahr des europäischen Sozialvertrages. Wie »gut« passt dazu die Forderung des DGB: »Wir brauchen einen nationalen Pakt gegen Arbeitslosigkeit.« Und Jürgen Peters ruft nach »Managern mit sozialem Gewissen«.

### **Gefahr nationalistischer Positionen**

Wenn die Belegschaften mit ihren Gewerkschaften ihre Arbeitsplätze gegen die Verlagerung in Niedriglohnländer verteidigen, besteht die Gefahr nationalistischer Positionen, denn die unterwürfige Standortpolitik der Gewerkschaftsführer steht der internationalen Solidarität entgegen. Die Verteidigung der Arbeitsplätze zusammen mit dem Unternehmer wird zwangsläufig in nationalistischen Positionen enden. Sie jubelten z.B. als die Posttochter DHL ihre Frachtpostdrehscheibe von Brüssel nach Leipzig verlegte, weil Brüssel nicht die Kosten für die Vergrößerung des Flughafens tragen wollte. Leipzig ist im Ostförderprogramm. In Brüssel demonstrierten Zehntausende gegen die Arbeitsplatzvernichtung.

Noch ist die Äußerung einiger deutscher Betriebsräte »deutscher Stahl für deutsche Autos« keine offizielle Gewerkschaftsforderung geworden. Protektionismus befürchten nicht zu Unrecht die Arbeiter und Arbeiterinnen der Billiglohnländer, wenn die Gewerkschaften der kapitalistischen Zentren Umwelt- und Arbeitsstandards weltweit verlangen, die in den kapitalistischen Zentren erreicht worden sind, in den anderen Ländern jedoch noch nicht durchgesetzt werden können. Erhalt der Arbeitsplätze in einem Betrieb heißt unter kapitalistischen Bedingungen immer Vernichtung der Arbeitsplätze an anderer Stelle. Von diesen Gewerkschaftsspitzen zu erwarten, dass sie in den Billiglohnländern den Aufbau von Gewerkschaften fördern, mit

denen die Lohnabhängigen ihre Interessen vertreten können, heiße den Bock zum Gärtner machen.

### **Kapital nicht moralisch**

Die deutschen Unternehmen nutzen die betriebliche Mitbestimmung, die sie schon zurückdrängen, noch zur möglichst reibungslosen Rationalisierung und zum Lohn- und Arbeitsplatzabbau. Die Belegschaften, die auf das Co-Management der Betriebsräte setzen, geraten erst nach und nach dazu in Widerspruch. Die Deutsche Bank, im vergangenen Jahr einen Anstieg des Reingewinns um 87 Prozent auf 2,5 Mrd. Euro erreichte, will weitere Stellen streichen. Ende 2006 werden hier zu Lande wohl nicht einmal halb so viel Arbeitsplätze wie noch vor fünf Jahren sein. Während hier und gleichzeitig weltweit Personal abgebaut wird, kauft sich das Unternehmen in Russland und steigt in Indien und China ins Geschäft mit Privatkunden ein. Der Betriebsrat schrieb an die Geschäftsleitung: Durch ihre strategische Ausrichtung »haben Sie vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ihre Arbeitsplatzängste genommen«. Ackermann habe ihnen durch sein Bekenntnis zum Heimatmarkt Deutschland »wieder Mut gemacht«. Doch: »Einen erneuten Arbeitsplatzabbau nur zur Erreichung der ehrgeizigen Ziele halten wir für unmoralisch und unverantwortlich«. Die Gewerkschaft Verdi forderte, angesichts des kräftigen Gewinnanstiegs auf die Stellenstreichung zu verzichten. Auch bei den Beschäftigten der Deutschen Bank wird sich die Erkenntnis dahin drängen, dass das Kapital nicht moralisch sein kann und Verantwortung nur gegenüber den Aktionären ausübt. »Wird Kapital ins Ausland geschickt, so geschieht es nicht, weil es absolut nicht im Inland beschäftigt werden könnte. Es geschieht, weil es zu höherer Profitrate im Ausland beschäftigt werden kann.« (Marx, Das Kapital, Band 3, 1932, S.285)

### **Standortdenken europaweit**

Weltweit, besonders aber auch in ganz Europa werden die Arbeiter einzelner Produktionsstandorte, einzelner Länder gegeneinander ausgespielt, können damit soziale Standards gesenkt werden. Italienische Gewerkschaften sprechen das Problem der Konkurrenz unter den Arbeitern verschiedener Länder zumindest an. Für die deutschen Gewerkschaftsführer ist es nicht einmal erwähnenswert.

Während das Kapital immer schneller und stärker über den ganzen Globus agiert, produziert, handelt, konkurriert, agieren diese Gewerkschaften national beschränkt. Die deutschen Gewerkschaften kleben an der Mitbestimmung als ihrem Werkzeug der Stellvertreterpolitik, während sich die Unternehmerverbände bereits von diesem Herrschaftsinstrument trennen wollen, weil es für sie in einer globalen Produktion nicht mehr von Bedeutung ist.

Das Standortdenken ist nicht beschränkt auf die deutschen Gewerkschaften. Der tarifpolitisch Verantwortliche des Europäischen Gewerkschaftsbundes EGB, der Italiener Walter Cerfeda, der jahrelang Mitglied des nationalen Sekretariats der CGIL war, zeigt die politische Beschränktheit der europäischen Gewerkschaften in Bezug auf die Standortpolitik mit den Worten auf: »Das drängende Problem ist die europäische Konkurrenzfähigkeit wiederzubeleben« und nicht die Ersparnis »einiger Hundertstel« bei den Arbeitskosten. Für John Monks, den Generalsekretär des europäischen Gewerkschaftsbundes ist der »freie Markt eine gute Sache – solange es fair zugeht«. Das heißt, die Gewerkschaften der



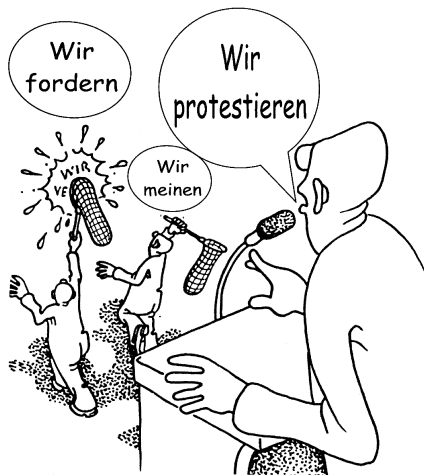
kapitalistischen Zentren verfolgen die gleiche Politik, über die Zusammenarbeit mit dem Kapital die Konkurrenzfähigkeit des Betriebes auf dem Weltmarkt zu erhalten.

Die gegensätzlichen Interessen von Beschäftigten bei Arbeitsplatzverlagerungen kriegt er so nicht unter einen Hut. Von diesen Gewerkschaftsspitzen ist die Organisation notwendiger internationaler Solidarität nicht zu erwarten.

### Lähmende verbale Proteste

Der Widerspruch zwischen dem, was die Gewerkschaftsspitzen betreiben und dem, was zu tun notwendig wäre, wächst beständig. IG-Chemie-Vorsitzender Schmoldt: »Wir sind flexible und verlässliche Partner der Unternehmen – auch bei denen, die aus Wettbewerbsgründen wirtschaftliche Schwierigkeiten bekommen.« Die Gewerkschaftsvorstände helfen sich über diesen Widerspruch hinweg, indem sie verbal gegen den Abbau des sozialen Besitzstandes der Lohnabhängigen protestieren, aber keine Diskussion über die Ursachen, geschweige denn Widerstand organisieren. Im Gegenteil, während sie öffentlich propagieren, dass Lohnverzicht keine Arbeitsplätze schaffe, vereinbaren sie mit den Unternehmen Lohnverzicht mit der Begründung, Arbeitsplätze zu sichern. Sie vertreten die Auffas-

sung, die Stärkung der Binnennachfrage durch die Anhebung der Massenkaufkraft sei eine mögliche Gegenstrategie zur Krisenentwicklung. Doch den Kampf um die Erhöhung der Entgelte und gegen die Privatisierung der sozialen Sicherungssysteme organisieren sie nicht. Sie treten



öffentlich auf mit Slogans wie »Gesundheit ist keine Ware«, doch wenn der Unmut der Menschen im Lande deutlich wird, sind die Gewerkschaftsspitzen wie nicht vorhanden. Schmitthener von der IG Metall konnte überall die negativen Folgen der Privatisierung der Rente anprangern, doch der Vorstand hat nicht dagegen mobilisiert. So blieben Proteste, wie die der Vertrauensleute der Stahlwerke Bremen, Einzelaktionen. Sommer kündigte an, im Jahr 2005 die Würde des Menschen in den Mittelpunkt der Gewerkschaftsarbeit stellen zu wollen. Doch schlagen die Gewerkschaftsspitzen den Arbeitslosen durch ihre Mitwirkung an den Hartz-Gesetzen ins Gesicht, treten die Würde der Arbeitslosen mit Füßen. Die Gewerkschaftsspitzen informieren die Mitglieder nicht über die weltweiten Auswirkungen und Ansätze von Widerstand, geschweige denn, dass sie ihn selbst organisieren, sondern stärken die einzelnen Unternehmen in ihrer Konkurrenzfähigkeit. Sie suchen eher das Zusammenspiel mit den Hauptzollämtern, wie es die IG Bau tut, oder versuchen eigenständigen Widerstand der Beschäftigten gemeinsam mit der Staatsanwaltschaft zu reglementieren, wie auch das Beispiel Mettingen (DC) zeigt.

### Bedeutungsverlust der Gewerkschaften

Anerkannt als sozialer Ordnungsfaktor wollen die Gewerkschaftsspitzen die Organisation und ihre Funktion als Tarifpartner nicht in Kämpfen mit dem Kapital aufs Spiel setzen. Sie wollen auch keine Bewegung, die sie nicht mehr kontrollieren könnten. In dem Maße, wie jedoch die Gewerkschaften nicht mehr das Instrument der Verteidigung der Löhne wie der Verteidigung der sozialen Sicherheit sind, verlieren sie immer mehr Mitglieder. Innerhalb von sechs Jahren ist die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder bereits um 1,8 Millionen zurückgegangen. Viele Kollegen begreifen die Gewerkschaften als Versicherung und treten mit dem Argument aus, dass eine Rechtsschutzversicherung doch billiger sei. Dem entspricht das Verständnis von immer größeren Teilen des Apparates, die Gewerkschaften als moderne Serviceunternehmen für ihre Mitglieder zu sehen. Der Apparat geht noch weiter: Er will Gewerkschaftsmitgliedern Vorteile gegenüber Unorganisierten ermöglichen und trägt damit zur weiteren Spaltung unter den Lohnabhängigen bei. Die Gewerkschaftsspitzen arbeiten mit ihrer Unterordnung unter die Kapitalinteressen auf einen weiteren Bedeutungsverlust der Gewerkschaftsorganisationen hin. Für klassenbewusste Kollegen, die konsequent auch die unmittelbaren Interessen der Lohnabhängigen vertreten, ergeben sich verstärkt Anknüpfungspunkte, bei denen die unmittelbaren Interessen mit grundsätzlichen Klasseninteressen verbunden werden müssen.

### Erfahrungen bei Opel in Bochum

Bei Opel in Bochum ist der Angriff der Unternehmer am schärfsten und der Widerspruch der Belegschaft zur Gewerkschaft folglich am stärksten gewesen. Deshalb verdienen die hier gemachten Erfahrungen besondere Aufmerksamkeit.

Die Belegschaft von Opel Bochum hat eine Woche lang einen selbständigen Kampf geführt. Die Belegschaft hatte sich in der Vergangenheit Möglichkeiten geschaffen, die Angriffe des Unternehmens und die Politik der IG Metall, betriebsöffentlich zu diskutieren. Dazu gehört auch die Versammlungsmöglichkeit der Vertrauensleute während der Betriebszeit. Schon Anfang der 90er Jahre hatten die Kolle-

gen Verichtsverträgen zugestimmt, um den Standort zu sichern. Während die Masse der Kollegen damals glaubte, sie könne nicht alles retten und müsse ein Stück weit nachgeben, hatten konsequente Interessensvertreter der GOG gesagt: Das führt zu nichts. Nun stand die Belegschaft im Herbst vor einem neuen Verzicht und in der IG-Metallzeitung vom Oktober stand ganz lapidar: Die Verichtsvereinbarungen, die die Belegschaft bisher ertragen musste, haben alle nichts gebracht. Ohne jegliche Auseinandersetzung mit den bisherigen negativen Erfahrungen. Die Kollegengruppe »Gegenwehr ohne Grenzen« (GOG) hat diese Haltung der IG Metall in ihrer Betriebszeitung kritisiert und den Kollegen die Unterordnung der IG Metall unter die Profitinteressen des Unternehmens ins Bewusstsein gebracht.

Die Unternehmerpolitik heißt immer: Spaltung der Lohnabhängigen. Die IG Metall hat jedoch die notwendige breite Solidarität für die kämpfende Bochumer Opelbelegschaft nicht organisiert, sondern sabotiert. Berthold Huber setzte sich öffentlich vom Kampf der Bochumer Belegschaft ab. Die Betriebsratsspitze agitierte unter den Kollegen für Beendigung des Streiks. Am GM-Tag verweigerten die örtlichen IG-Metallfunktionären auf der Solidaritätsveranstaltung Bochum Streikunterstützern das Rederecht. Die Arbeitsniederlegung wurde nicht nur beendet, weil bei der Abstimmung der Belegschaft »getrickst« wurde. Die Belegschaft von Opel-Bochum hatte keinen Rückhalt in der IG Metall. Die Gewerkschaftsspitze wollte keinen gemeinsamen Abwehrkampf der GM-Belegschaften in Europa und wie schon bei DaimlerChrysler keine praktischen Solidaraktionen in der IG Metall. So stand die Belegschaft letztlich allein, denn den Kollegen war klar: Die Solidarität aus der Stadt Bochum allein reichte nicht zur Abwehr des Unternehmerangriffs.

Auch bei Opel-Bochum glaubt die Mehrzahl der KollegInnen, dass man auf die Wettbewerbsfähigkeit Rücksicht nehmen muss. Sie fragen: Wie stellt ihr euch das vor, wenn ihr empfiehlt, keine Rücksicht zu nehmen? Wohin führt uns das? Wie soll das eines Tages aussehen? Treiben wir die Firma in die Pleite, oder was ist eure Hoffnung? Wenn die Unternehmer nichts verdienen, kann ich ja auch nichts mehr verdienen. Wenn es auch schwierig ist, von der Hoffnung, auf der Ebene des Betriebskampfes die Probleme zu lösen, wegzukommen, so spüren seitdem doch einige Kollegen mehr, dass wir in Zukunft ganz andere Lösungen brauchen als die »Standortsicherung«.

Auf der Gründungsversammlung eines regionalen Solidaritätskomitees am 30.11.2004 in Rüsselsheim sah der Gesamtbetriebsratsvorsitzende von Opel, Klaus Franz, der maßgeblich daran beteiligt war, in der Öffentlichkeit und gegenüber den Opel-Belegschaften alles auf Managementfehler in Detroit zu reduzieren und als der bessere Manager auftrat, aufgrund der weltweiten Überkapazitäten keine Perspektive für die Opelaner, außer dass sie »Rat, Unterstützung und Trost von außen brauchen«. Der Professor für christliche Gesellschaftsethik, Friedhelm Hengsbach, sah die Verlagerung von Produktionsstätten ins Ausland als »Frage der Solidarität und der ökonomischen Vernunft«, weil dort Kaufkraft und Wachstum und damit Wohlstand geschaffen werde. Er konnte damit nur resigniertes Schweigen bei den anwesenden Betroffenen erzeugen. Bei seinem Lösungsvorschlag, Ersatzarbeitsplätze in Bildung und in »Dienstleistungen im menschennahen Bereich« zu schaffen, mussten die Anwe-

senden die rigorose Sparpolitik gerade in diesen Bereichen im Kopf haben. So groß wie der Bedarf hier ist, bei seiner Befriedung muss der gleiche Gegner bekämpft werden wie bei der Arbeitsplatzvernichtung: das Kapital. Auch die Durchsetzung alternativer Produktion ist unter kapitalistischen Bedingungen nur bei hohen Profitaussichten möglich.

Und doch beinhalten die Worte Friedhelm Hengsbach eine richtige Erkenntnis: Die Globalisierung der kapitalistischen Produktionsweise kann nicht mit der Verteidigung der Arbeitsplätze in den industriell hochentwickelten Ländern verhindert werden. Die Ausweitung der kapitalistischen Produktionsweise auf Osteuropa und Ostasien führt letztlich zum weltweiten Klassenkampf zwischen Arbeiterklasse und Kapital, aber besonders zunächst zur weltweiten Ausspielung einzelner Belegschaften gegeneinander.

Marx dazu im Jahre 1848: »Was also ist unter dem heutigen Gesellschaftszustand der Freihandel (d.h. heute Globalisierung)? Die Freiheit des Kapitals. Habt ihr die paar nationalen Schranken, die noch die freie Entwicklung des Kapitals einengen, eingerissen, so habt ihr lediglich seine Tätigkeit völlig entfesselt. Solange ihr das Verhältnis von Lohnarbeit zu Kapital fortbestehen lasst, mag der Austausch der Waren sich immerhin unter den günstigsten Bedingungen vollziehen, es wird stets eine Klasse geben, die ausbeutet, und eine, die ausgebeutet wird.« ... Das Fortschreiten der internationalen Arbeitsteilung »zersetzt die bisherigen Nationalitäten und treibt den Gegensatz zwischen Proletariat und Bourgeoisie auf die Spitze.« (Marx, Rede über die Lage des Freihandels, MEW, Band 4, S. 454)

### **Kapitalismus ist ohne Perspektive**

Auf die Klasse der Lohnabhängigen wirken also heute vielfache gesellschaftliche Faktoren ein:

Die Zahl der lohnabhängige Beschäftigten sinkt beständig, nicht nur die Zahl der in der Produktion beschäftigten Arbeiter. Entsprechend steigt fortwährend die Zahl der prekär Beschäftigten und die Zahl der Arbeitslosen. Jugendliche finden immer weniger einen Ausbildungsplatz.

Mit Verlagerung und Drohung von Verlagerung von Produktion in Billiglohnländer erreichen die Unternehmer, dass die Belegschaften Lohnsenkung, Arbeitszeitverlängerung und Arbeitsplatzabbau hinnehmen und zum Teil bereitwillig an Rationalisierung und Intensivierung der Arbeit mitwirken. Auf dem Gesetzeswege wird durch Hartz IV usw. allgemein Druck auf die Löhne und Arbeitsbedingungen ausgeübt. Hinnehmen muss die Klasse der Lohnabhängigen zur Zeit die Privatisierung von großen Teilen des öffentlichen Dienstes und damit Sozialabbau. Steigende Staatsverschuldung – Profitquelle des Kapitals – muss als Begründung für den Abbau von Leistungen z.B. in Kindertagesstätten und Schulen herhalten. Hinnehmen muss sie auch die Verschlechterungen bei der Renten- und Krankenversicherung.

Dieser Gesamtproblematik, der die Lohnabhängigen heute im Kapitalismus ausgesetzt sind, haben die Gewerkschaften also nur entgegenzusetzen: Einen Teil der Arbeitsplätze retten, damit es nicht allzu schlimm wird.

Die Lösung der Probleme kann nicht in Tarifpolitik, die immer nur Teile der Beschäftigten betrifft, liegen. Sie kann nur gefunden werden, wenn die Lohnabhängigen nicht mehr bereit sind, diese Verhältnisse weiter hinzunehmen. August 2005 ■

## GÜNTER KUHLMANN 1937 – 2005

Kurz vor Redaktionsschluss erhalten wir die Nachricht, dass der frühere Herausgeber unserer Zeitung und Bremer Genosse der Gruppe Arbeiterpolitik, Günter Kuhlmann, am 28. August im Alter von 68 Jahren in seiner neuen Heimat in der Nähe von Regensburg gestorben ist. Wir baten seinen langjährigen Genossen und Freund Bonno Schütter, mehrjähriger Betriebsratsvorsitzender der Klöcknerhütte Bremen, um einen Nachruf.

»Nach einer Maurerlehre in Bremen betätigte Günter sich im Kreis Junger Gewerkschafter und gründete nach Differenzen mit der IG-Bau-Gewerkschaftsleitung zusammen mit seinem Freund Werner Käsler, einem Neffen Erich Söchtigs aus Salzgitter, in Bremen eine Jugendgruppe, die »Unabhängige Politische Jugend« (UPJ). In ihr sammelten sich Arbeiter, Angestellte, Studenten und Schüler, unter anderen die damaligen Jugendsprecher der Borgward-Werke und andere später aktive Genossen unserer Gruppe. 1958 knüpfte Günter über mich die ersten Kontakte zur Arbeiterpolitik und hinfort traten Schorse Stockmann, Heinz Kundel und andere als ständige Referenten in der UPJ auf. Mit der Zeit wurden Seminare mit Heinz Brandler, Henry Ritzer, dem Genossen Jahn, Rudi Hanke und Pepp Bergmann durchgeführt. Erwähnt werden muss in diesem Zusammenhang auch die organisatorische Mitarbeit von Günters späterer Frau Margret, die er zu dieser Zeit kennen lernte und die gemeinsam mit ihm über viele Jahre wesentliche organisatorische Arbeit bei der Herausgabe unserer Zeitung leistete. Über die Arbeit in der UPJ, die im Laufe der Zeit inhaltlich mehr und mehr zu einem festen Bestandteil der Bremer Gruppe Arbeiterpolitik wurde, schuf Günter eine enge Zusammenarbeit mit einem Kreis ausländischer Studenten in Bremen, der seine festen Treffs in der »Flamingo Taverne« in der Sögestraße mit politischen Diskussionen, Musik und Tanz hatte. Etliche langjährige feste Verbindungen erwachsen aus dieser Zeit mit Genossen an der Peripherie unserer Gruppe.

Die aktivste und kreativste Zeit begann für Günter 1967 bis 69. Der bundesweite Kampf gegen die Notstandsgesetze, die Auseinandersetzungen auf der Klöcknerhütte und mit der IG Metall sowie die erwachende Schüler- und Studentenbewegung bedeuteten für Günter »sich einmischen, teilnehmen und nicht als Besserwisser abseits stehen«. Während dieser Jahre vertrat Günter auf vielen Versammlungen und »Sit-Ins« den Standpunkt der Arbeiterpolitik. Er rief zu weiteren Aktionen auf, bremste, wo es notwendig erschien, erklärte den Beteiligten die Zusammenhänge und machte den Schülern bei ihren Aktionen die Kräfteverhältnisse klar. So waren wir mit ihm auf Versammlungen mit Studenten in Heidelberg, München, Bonn, Berlin, Frankfurt und anderen Städten. Bei den Auseinandersetzungen auf der Klöckner-Hütte Bremen und mit der IG Metall schuf er die Zusammenarbeit mit vielen anderen Organisationen, von den Jungsozialisten bis zu den Kirchen, Schülern, Theatern und Studenten. Gemeinsam wurden morgens, 5 Uhr früh, Flugblätter verteilt. Günter wurde zu einem akzeptierten Kollegen bei Betriebsräten und Vertrauensleuten der Klöck-



nerhütte, ohne dass er selbst auf der Hütte arbeitete. Sicher führte die Gewerkschafts- und Betriebstaktik zu unterschiedlichen Auffassungen – auch innerhalb der Arbeiterpolitik. Es ging um die Erfahrungen aus der »Weimarer Republik« und die Lehren, wie sie 1932 im »Roten Gewerkschaftsbuch« von Genossen der KPD-O, SAP und SPD niedergelegt wurden. Nicht alle Arpo-Genossinnen und -Genossen folgten der Politik der Bremer Gruppe, ja es kam darüber zur Spaltung der Gruppe Arbeiterpolitik. Der Kreis um die heutige Zeitung »Arbeiterstimme« vermochte dieser Politik nicht zu folgen. Doch mit der Öffnung zu den Studenten und der 68er Bewegung gewann die Gruppe einen größeren Einfluss auf die Bewegung und viele kritische Genossen konnten gewonnen werden.

Bei der Einschätzung der politischen Entwicklung und der gesellschaftlichen Verhältnisse ging Günter von dem aus, was er insbesondere bei Heinz Brandler gelernt hatte, dass die objektiven Voraussetzungen der Schlüssel zum Verständnis von gesellschaftlichen Prozessen sind. Über viele Jahre war er zusammen mit anderen jungen Leuten aus der Arpo am Wochenende von Bremen nach Hamburg gefahren, um mit Brandler zu diskutieren, solange dieser das bis vor seinem Tod 1967 noch verkraftete. Nach dem Zusammenbruch des Sowjetkommunismus, der DDR und des gesamten Ostblocks gehörte Günter nicht zu den Enttäuschten, er sah darin auch einen Neuanfang. Ein neues Beginnen, dass nicht mehr belastet war von der Rückständigkeit Russlands, des Ostens und der Nachkriegsgeschichte.

Gegenüber den nach der Studentenbewegung entstehenden Grünen versuchte Günter die bis dahin relativ erfolgreiche Herangehensweise der Einflussnahme auch auf diese anzuwenden. Mit einigen Akteuren der »Bremer Grünen Liste« waren wir schon vorher bekannt. Zusammen mit Rudi Dutschke initiierten wir »Links für Grün«. Wir waren nicht Mitglied der Grünen, suchten aber die Linken im Bremer Raum zusammen, etwa 70 Leute, um im sozialistischen Sinne Einfluss auf die Grünen zu nehmen. Nachdem die BGL es abgelehnt hatte, sich mit den Bundesgrünen zu vereinigen, hielten Günter und ich die Politik der BGL für falsch, darüber hinaus gebärdeten sie sich zunehmend antikommunistisch. Es kam zum Bruch, wir trennten uns von denen.

Günter hatte sich in den letzten Jahren aus der aktiven Politik und der Mitarbeit an der Gruppe zurückgezogen. Wohl gab es zwischen ihm und dem im Februar dieses Jahres verstorbenen Genossen Pepp Bergmann gelegentlich Korrespondenz und Gedankenaustausch, noch im Januar wollte er eine Besprechung der Erinnerungen seines Freundes Gerd Balko schreiben. Neue Hoffnung schöpfte Günter aus den Veröffentlichungen zur Sozialpolitik von Reiner Roth. Sie waren für ihn das verständlich formulierte theoretische Rüstzeug eines Neuanfangs und die Anwendung des Marxismus auf die heutigen Verhältnisse.

Durch seinen zu frühen Tod kann er nun nicht mehr Einfluss nehmen. Wir trauern mit seiner Lebensgefährtin, die ihn in den letzten Monaten gepflegt und begleitet hat. Günter kannten wir als einen lebensbejahenden Menschen, der trotz der reaktionären Entwicklung in den letzten Jahre am Marxismus festhielt.«

8.8.05, Bonno Schütter ■



■ NACH PROTESTEN DER BELEGSCHAFT BEIM BOSCH/SIEMENS/HAUSGERÄTEWERKES:

## Waschmaschinenproduktion in Berlin vorerst gesichert

Anfang Mai 2005 verkündete die Geschäftsleitung offiziell den Beschluss, die Fertigung von Waschmaschinen in Berlin-Spandau Ende 2006 einzustellen. Überraschend kam dies nicht; seit dem Jahre 2000 wurden bereits über 600 Stellen abgebaut und Neuinvestitionen nicht mehr getätigt. Noch etwa 1.100 KollegInnen sind beim Bosch/Siemens/Hausgerätekwerk (B/S/H) in Spandau/Gartenfeld beschäftigt; 700 in der Produktion und 400 im Bereich Entwicklung und Wäschepflege. Letztere sind nicht unmittelbar betroffen. Die Produktion sollte angeblich in das Werk nach Nauen verlagert werden. Nauen ist der einzige Siemens-Standort in Deutschland ohne Tarifbindung; die Belegschaft arbeitet nicht nur länger sondern auch zu niedrigeren Löhnen. Das Vorhaben von Siemens war daher nicht nur ein Angriff auf die Belegschaft. Es zielte auch auf die IG Metall und die von ihr ausgehandelten Tarife.

Die Belegschaft von B/S/H war innerhalb der Berliner IG Metall immer ein Aktivposten gewesen, wenn es galt sich durch Aktionen und Warnstreiks für die gewerkschaftlichen Belange einzusetzen. Ein großer Teil der Belegschaft ist türkischer Abstammung (über 40 Prozent); aber auch viele KollegInnen aus Osteuropa (Polen), aus Vietnam und aus Afrika arbeiten in Gartenfeld. Als Betriebsratsvorsitzender fungiert der Kollege Güngör Demirci.

### Die B/S/H-Belegschaft geht in die Öffentlichkeit

Belegschaft, Betriebsrat und die IG Metall Berlin reagierten zweigleisig. Sie boten der Geschäftsleitung eine Verlängerung der Arbeitszeit auf 40 Stunden in der Woche sowie den

Verzicht auf Teile von Weihnachts- und Urlaubsgeld an, sollte der Beschluss zurückgenommen werden. Zugleich machten sie in der Öffentlichkeit mobil:

- Während einer unbefristeten Betriebsversammlung demonstrierten am 9. Mai 1.000 Beschäftigte vor dem Werkstor.
- Am 12. Mai zog die Belegschaft vor das Verwaltungsgebäude von Siemens in Spandau.
- Die IG Metall organisierte am 19. Mai einen Autokorso zum Roten Rathaus. Über Stunden war auf der Route der normale Werkstagsverkehr erheblich gestört. Neben dem Berliner IGM-Vorsitzenden Arno Hager sprach der Wirtschaftssenator Wolf (PDS). Außer der verbalen Beteuerung, sich für die Belegschaft bei Siemens einzusetzen, hatte er nichts konkretes an zu bieten.
- Für den 26. Mai war während der Arbeitszeit eine Solidaritätskundgebung vor dem B/S/H-Werkstor geplant. Immerhin einige hundert (von über 10.000) Beschäftigten anderer Siemens-Standorte (Siemens-Schaltwerk, Siemens Com, Osram) beteiligten sich an dem kurzen Demonstrationszug und der anschließenden Kundgebung. Delegationen u.a. von DaimlerChrysler und BMW waren ebenfalls gekommen.
- Am 31. Mai fuhren 500 Kollegen zur Jahresbilanz-Pressekonferenz von Siemens nach München und demonstrierten dort mit 1.000 anderen GewerkschafterInnen. Vor allem die Beteiligung von KollegInnen westdeutscher B/S/H-Standorte war erfreulich hoch. Siemens hatte deshalb die Pressekonferenz kurzfristig abgesagt. Ein Eigentümer, wie sich herausstellte. Die anwesenden Journalisten berichteten stattdessen bundesweit über B/S/H-Gartenfeld und die Aktionen der Belegschaft.
- Kurz vor der Urlaubszeit gab es noch ein Solidaritätsfest vor dem Werkstor in Gartenfeld.



**Die unten aufgeführten Punkte sind der zwischen Betriebsrat und B/S/H ausgehandelten Vereinbarung entnommen. Die Firmenleitung lehnte das Ergebnis letztlich ab und zog den Stilllegungsbeschluss zurück.**

- Fertigungsauslauf und Aufgabe der Logistik-Dienstleistungen zum 31.3.2007 statt wie vorgesehen zum 31.12.2006
- Standortsicherungszulage für PW Services (d.h. für den Entwicklungsbereich mit 400 Beschäftigten) bis zum 31.03.2012
- Verbleib von 75 Beschäftigten zu B/S/H-Konditionen am Standort
- Übernahme von 40 Beschäftigten aus der Logistik nach Nauen bei 100prozentigem Nachteilsausgleich für fünf Jahre, weiterhin Dynamisierung der Grundeinkommen und Nachwirkung des Berliner Sozialplans für zwei Jahre
- Bildung einer Transfergesellschaft, Beschäftigung für 12 Monate ab dem 1.4.2007 zu 90 Prozent des regelmäßigen Monatseinkommens; sonstige Regelungen analog Tarifvertrag; 5000,- Euro Qualifizierungskosten je Beschäftigten
- Management-Buy-Out (MBO); 180 KollegInnen sollen zu Tarifbedingungen in dieser Firma beschäftigt werden, vier Jahre Abnahmegarantie und vier Jahre Last Call durch B/S/H; 50 Prozent der Abfindung für Beschäftigte, die ins MBO wechseln, B/S/H garantiert Investitionen und Kapitalzuschuss in Höhe der eingesparten anteiligen Abfindungen; Nachwirkung des Sozialplans für vier Jahre
- Gleitender Übergang in den Ruhestand ab dem 50. Lebensjahr bis zur frühest möglichen Zeitpunkt der Rente; unter 25 Dienstjahren: 80 Prozent Durchfinanzierung inklusive etwaiger Rentenverluste, über 25 Dienstjahren: 85 Prozent
- Abfindungen: allgemeiner Grundbetrag, Pauschalbeträge für Kinder und Schwerbehinderung, nach der Abfindungsformel des Sozialplan 2002

Der zuständige Gewerkschaftssekretär der IGM, Luis Sergio, unterstützte die Belegschaft im Rahmen seiner Möglichkeiten. Einfluss auf die Gesamt- und Konzernbetriebsräte bei Siemens hat er allerdings auch nicht. Bei denen, so der Eindruck auf den Kundengebungen, blieb die Solidarität eine verbale Pflichtübung, die auf keinen Fall die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit dem Siemenskonzern in Frage stellen soll. Sie hatten, so verschiedene interne Verlautbarungen aus dem Betriebsratsgremium, die Waschmaschinenproduktion in Berlin schon abgeschrieben und sahen in der »sozialverträglichen« Abwicklung die einzige Möglichkeit.

Auf Anregung des Betriebsrates von B/S/H und von Luis Sergio wurde unmittelbar nach dem Schließungsbeschluss ein Solidaritätskomitee im Berliner IGM-Haus gegründet. Es sollte die Aktionen der Belegschaft in der Öffentlichkeit bekannt machen und begleiten. Einen Schwerpunkt der Argumentation bildete daher auch der industrielle Kahlschlag der vergangenen Jahre und deren sozialen Konsequenzen für die Hauptstadt. »Sie kämpfen für uns alle: Die

*Berliner Waschmaschinenproduktion muss bleiben!«*, lautete die Überschrift der stadtwweit verteilten Flugblätter. Die Beteiligung aus anderen Metallbetrieben und weiteren DGB-Gewerkschaften blieb allerdings gering. Es waren vor allem politisch Aktive, die sich im Solidaritätskomitee engagierten.

### Die gewerkschaftliche Strategie

Der Betriebsrat und der zuständige IGM-Sekretär versuchten im Rahmen des geltenden Arbeitsrechts ein Konzept zu entwickeln, mit dem der Erhalt der Waschmaschinenproduktion in Berlin durchgesetzt werden könne. Per Tarifvertrag und hohe Forderungen sollte der materielle Preis möglichst hoch getrieben werden, während zugleich der öffentliche Druck den Siemenskonzern zum Nachgeben veranlassen sollte. Als »*offensives Instrument in der Defensive*« bezeichnete Luis Sergio diese Strategie. Beim Vorstand der IG Metall in Frankfurt wurde vorsorglich ein Antrag auf Urabstimmung gestellt und auch genehmigt.

Die Umsetzung des Konzeptes stieß allerdings auf Schwierigkeiten. Vor allem die Kollegen in Nauen, wohin die Produktion angeblich verlagert werden sollte, schotteten sich ab. Kontakte zu den Standorten in Polen und in der Türkei gab es nicht. So blieb die Belegschaft im Wesentlichen auf sich allein gestellt. Einen zündenden Funken durch die Aktionen der B/S/H-KollegInnen auf andere Belegschaften in der Hauptstadt oder Teile der Bevölkerung gab es nicht – trotz oder vielleicht gerade wegen ähnlicher oder gleicher Erfahrungen, die viele BerlinerInnen machen müssen. Jeder ist zunächst mit der Lösung der eigenen Probleme in Anspruch genommen und sieht sich der Bedrohung und dem Verlust des eigenen Arbeitsplatzes ohnmächtig ausgeliefert.

### Verhandlungspoker

Vor dem Hintergrund der Aktivitäten der Belegschaft begannen Gespräche mit der Geschäftsleitung auf der Ebene des Wirtschaftsausschusses. Auf Verhandlungen zwischen BR und GL im Rahmen eines Interessenausgleichs wollte man sich bewusst nicht einlassen, um die Option für eine Tarifforderung und einen möglichen Arbeitskampf offen zu halten. Als Stichtag für eine mögliche Einigung bei den Sondierungen wurde der 29. August vereinbart. Grundlage für die Gespräche bildete ein von der IGM in Auftrag gegebenes Gutachten. Es wies die Möglichkeit einer wirtschaftlichen Fortführung der Waschmaschinenproduktion in Berlin nach; allerdings hätte auch mit diesem Konzept die Belegschaft »*Kröten schlucken müssen*«, so Luis Sergio. Die Kehrseite des »*offensiven Instruments in der Defensive*« wird hier sichtbar. Geraten doch Betriebsrat und IG Metall in die Gefahr, sich als Partner beim Abbau eines Teils der Arbeitsplätze und der Löhne missbrauchen zu lassen, um den Erhalt der restlichen Arbeitsplätze zu »sichern«.

Mit Beginn der Schulferien ruhte auch die Produktion bei B/S/H weitgehend. 70 Prozent der Belegschaft befand sich in Urlaub, der von vielen KollegInnen im Stück genommen wird, um genügend Zeit zu haben, in ihre Heimatländer zu reisen. Die Stimmung nach der Urlaubszeit war gedrückt. Die Geschäftsleitung unterstrich noch einmal, dass sie an ihrem Beschluss festhalten werde, was auf einer Betriebsversammlung Anfang August verkündet wurde. Die Belegschaft und der Betriebsrat sahen die Chancen schwinden, den Produktionsstandort zu erhalten. Innerlich bereiteten sie sich schon



auf einen Kompromiss im Rahmen eines möglichst hohen Sozialplans vor. Diese Stimmung schlug sich auch in der örtlichen Berichterstattung nieder (siehe Kasten).

### Die überraschende Kehrtwende der Geschäftsleitung

Am 29. August – dem Betriebsrat war noch kein annehmbares Angebot unterbreitet worden – kam dann die plötzliche Wende. Angesichts der unmittelbar bevorstehenden Urabstimmung und eines drohenden Arbeitskampfes, erklärte die Geschäftsleitung den völlig überraschten Verhandlungsführern der Belegschaft, sie ziehe ihren Beschluss zur Stilllegung der Produktion zurück. In ihrer schriftlichen Begründung führte sie unter anderem aus: *»Andererseits führten aber die seitens des Berliner Betriebsrates letztlich aufgestellten Forderungen zu einem möglichen Sozialplan- bzw. Gesamt-Kosten-Volumen in eine Größenordnung, die die erforderliche Neuausrichtung des Produktbereiches Wäschepflege insgesamt gefährdet hätte. Die Betriebsseite wurde seitens des Betriebsrates der FBW und der IGM Berlin aufgefordert, den letztlich aufgestellten Forderungen bis 29.08.2005 zuzustimmen. Solchen Forderungen für ein AuslaufszENARIO Ende 2006 kann die BSH-Geschäftsführung in ihrer gesamtheitlichen Verantwortung für alle ca. 14.500 Mitarbeiter in Deutschland und für den Gesamtbestand des Unternehmens unter keinen Umständen nachkommen.«*

Es waren in erster Linie die Aktivitäten und die Bereitschaft der Belegschaft, die zu dem unerwarteten Erfolg beigetragen haben. Welche zusätzlichen Gründe die Geschäftsführung bewogen haben, so plötzlich umzuschwenken; diese Frage lässt sich im Moment nicht eindeutig beantworten. Siemens wollte sich augenscheinlich nicht der Gefahr aussetzen, durch einen Arbeitskampf bei B/S/H einem finanziell teuren Interessenausgleich zu stimmen zu müssen (siehe Kasten). Das hätte leicht zu einem Beispiel auch für andere Siemens-Standorte werden können. Diese Befürchtung klingt ja auch in der zitierten Begründung an.

Ein anderer Grund war sicherlich politischer Natur. Der Siemens-Konzern und das Unternehmerlager insgesamt haben kein Interesse an einem Arbeitskampf während des Wahlkampfes und zu Beginn einer möglichen Amtszeit von Merkel. Schließlich hat die Kanzlerkandidatin erst vor wenigen Tagen den ehemaligen Siemens-Aufsichtsratsvorsit-

zenden von Pierer zu ihrem persönlichen Wirtschafts-Chefberater gemacht. Motto: *»Sozial ist, was Arbeitsplätze schafft.«* Eine um ihre Existenz kämpfende Belegschaft passt nicht zu dem Bild, das mit derartigen Losungen gemalt werden soll.

Die KollegInnen des Bosch/Siemens/Hausgerätekwerkes gehen erst einmal gestärkt aus dieser Auseinandersetzung hervor. Die Belegschaft und ihre Vertreter ließen sich nicht in die Rolle des machtlosen »Sozialpartners« bei der Abwicklung des Standortes drängen; sie haben sich öffentlich und politisch zu Wort gemeldet. Damit wurde auch die unter den Siemens-Betriebsräten und der IG Metall weit verbreitete Meinung widerlegt, gegen die Schließung der Waschmaschinenproduktion sei sowieso nichts zu machen; die Betriebsräte hätten eigentlich nur die Aufgabe, einen Sozialplan möglichst geräuschlos auszuhandeln.

Dennoch bleibt dies ein vorläufiger Erfolg. Der Siemenskonzern wird diese Niederlage nicht auf sich sitzen lassen. Er fordert jetzt Verhandlungen über die konkreten Bedingungen für die Weiterführung der Produktion, d.h. die Löhne sollen abgesenkt werden. Sollte die Leitung von Siemens die politischen Voraussetzungen für gegeben halten, wird sie versuchen, ihren ursprünglichen Stilllegungsbeschluss doch noch durchzusetzen. Auf Zusagen und Zugeständnisse der Unternehmen ist kein Verlass, wie die zahlreichen Erfahrungen der letzten Jahre zeigen. ■



**Nachdem sich eine Einigung zwischen BR und GL beim Bosch/Siemens/Hausgerätewerk abzuzeichnen begann, vermeldete die Berliner Zeitung am 16.08.2005:**

... Die IG Metall hat das Land Brandenburg aufgefordert, mögliche Fördermittel für eine neue Waschmaschinenproduktion von Bosch-Siemens-Hausgeräte (BSH) in Nauen nur unter bestimmten Bedingungen zu vergeben. »Es ist aus unserer Sicht unumgänglich, die Förderung mit einer Arbeitsplatzgarantie und einer angemessenen Vertragsstrafe im Falle der Nichteinhaltung der Zusagen zu versehen«, sagte der Bezirksleiter der IG Metall in Berlin-Brandenburg-Sachsen, Oliver Höbel, am Montag der Berliner Zeitung.

Wie berichtet hat BSH für den geplanten Bau einer neuen Waschmaschinenproduktion in Nauen beim Land Brandenburg Fördermittel in Höhe von fünf Millionen Euro beantragt. BSH will in die neue Produktionslinie 99 Millionen Euro investieren und vermutlich rund 50 neue Jobs schaffen. Gleichzeitig aber hat BSH einen drastischen Abbau von Arbeitsplätzen in der Region Berlin-Brandenburg angekündigt. So sollen allein in Nauen unter anderem durch die Verlagerung der Produktion von Wäschetrocknern nach Polen rund 250 Jobs wegfallen.

... Die Zahl der Mitarbeiter sinkt damit auf rund 330. Ende 2000 waren in Nauen noch rund 1.000 Mitarbeiter beschäftigt. In Berlin will BSH die Waschmaschinenmontage schließen. Davon sind 700 der 1.100 Berliner Beschäftigten betroffen.

... Brandenburgs Wirtschaftsminister Ulrich Junghans (CDU) sagte, bei einer Bewilligung des Förderantrags werde »eine Bindefrist des Investors von fünf Jahren« vereinbart. (...) Mit der neuen Anlage könnten jedoch wichtige High-Tech-Jobs entstehen. Zwar sei dem Wirtschaftsminister »die Brisanz der Parallelität des Förderantrags mit der beabsichtigten Schließung des Berliner Werkes sehr wohl bewusst«, doch habe die Schließung in Berlin nichts mit der neuen Anlage in Nauen zu tun.

Auch Berlins Wirtschaftssenator Harald Wolf (PDS) sieht in der neuen Anlage in Nauen »kein Beispiel von Abwerbung«. Vielmehr habe der Standort Berlin-Brandenburg bei der Ansiedlungsentscheidung im Wettbewerb mit Standorten in der Türkei, in China und in Russland gestanden. »Nauen hat sich durchgesetzt, davon kann auch Berlin profitieren«, sagte Wolf.

Was können Appelle an die (überwiegend gewerkschaftsfeindlichen) Politiker bewirken, wo sich doch Städte und Gemeinden selbst untereinander in einem Konkurrenzkampf befinden um die Sicherung oder Ansiedlung von Standorten? Der Bericht in der »Berliner Zeitung« macht deutlich: Siemens versucht mit den Belegschaften und der IG Metall sowie mit den betroffenen Gemeinden »Katz und Maus« zu spielen. Und die Kollegen, die um ihren Arbeitsplatz bangen, müssen sich auch noch von den Politikern, wie Wirtschaftsminister Wolf, verhöhnen lassen. ■

August Thalheimer

## **Über die sogenannte Wirtschaftsdemokratie 1928**

## **Mit einem Nachwort zur Montan-Mitbestimmung 1981**

**Herausgegeben von  
der Gruppe Arbeiterpolitik**

Die Abschnitte:

1. Ist Wirtschaftsdemokratie überhaupt möglich?
2. Das Eindringen in die Organe der kapitalistischen Monopole
3. Was sind öffentliche Betriebe im bürgerlichen Staat?
4. Die Grenzen der Arbeitergenossenschaften
5. Arbeiterschutz und Arbeiterrecht als »Keimzellen« der Wirtschaftsdemokratie
6. Die allgemeinen Voraussetzungen, Zwecke und Aussichten der wirtschaftsdemokratischen Ideologie

Nachwort 1981:

Alter Wein in neuen Schläuchen:  
Der »Kampf« der IG Metall um die  
Montanmittbestimmung

53 Seiten, A5

Zu beziehen gegen Voreinsendung von EUR 2,00  
in Briefmarken über:  
GFSA eV · Postfach 106426 · D-20043 Hamburg



In der Mai-Ausgabe der »metall« wurde in dem Artikel »Die FIT-Macher« die Einbindung der KollegInnen in die Unternehmerstrategie zur Erhöhung der Produktivität als der erfolgreiche Weg für eine Belegschaft angepriesen.

Zwar ist der Vertrauenskörper der Stahlwerke Bremen diesen Weg mit nur einer Gegenstimme gegangen. Doch dieser Artikel in der »metall« stieß bei (den wenigen) kritischen Betriebsräten und Vertrauensleuten auf Widerspruch. Inzwischen haben die Kollegen ihre Erfahrungen mit dem FIT-Prozess gemacht und sehen die Einbindung in die Zielsetzungen des Konzerns kritisch. Sie diskutierten ihre Erfahrungen mit dem FIT-Prozess und formulierten sie in Leserbriefen an die »metall«, die allerdings nicht abgedruckt wurden. Die Leserbriefe wurden dann auf die Internetseite »www.stahl-netz.info« gesetzt, die von etlichen Kollegen angewählt wird. Hier drucken wir zwei der Leserbriefe ab.

### Brief 1: Zwang und miese Stimmung

Der Artikel »Die FIT-MACHER« in der Mai-Ausgabe der »metall« erweckt den Eindruck, als hätten die KollegInnen der Stahlwerke Bremen begeistert mit dem Unternehmer kooperiert. Kleine, im Artikel nicht genannte Wahrheiten weisen auf das Gegenteil hin:

- Die angesteuerte »Freisetzung« von 1700 Kollegen.
- Lohnverlust von vier Prozent für ein Jahr, um Entlassungen zu vermeiden (Anwendung des Beschäftigungssicherungsvertrages).
- Bei Dienstfahrten keine 100-Prozent-Zahlung für Unterkunft und Verpflegung.
- Einstellung der Bezahlung »Gegenseitigkeitshilfe für Rentner«.
- Außerdem sind so viele Kollegen zwangsweise in Altersteilzeit gejagt worden.

Der Druck der Einsparungen bei anderen Arcelor-Standorten ließ unserer Belegschaft keine Abwehrmöglichkeit. Schon ein Jahr zuvor hatte der Unternehmer einen Angriff auf die Jahresabschlusszahlung gefahren. Wir sind also nicht freiwillig und begeistert in den FIT-Prozess gegangen. **Das Ergebnis sehen wir als fatal an.** Die Stimmung im Betrieb ist mies geworden.

Uns hat eine Gewerkschaftspolitik gefehlt, die das beschränkte Standortdenken an den einzelnen Produktionsstandorten überwindet: Nur gemeinsam sind wir stark, nur im solidarischen Handeln können wir unsere Interessen gegenüber dem Unternehmer vertreten.

### Brief 2: FIT in eine Zukunft mit Sackgasse

Im Artikel »Die FIT-Macher« der Mai-»metall« wird als Erfolg des FIT-Programms angegeben, dass niemand entlassen und der Standort mit den vielen Verbesserungsvorschlägen gerettet wurde. Es ist wahr: Es hat keine betriebsbedingten Kündigungen der Stammbesellschaft gegeben, doch die vereinbarte Qualifizierung der Belegschaft gab es nur in Ausnahmefällen.

Der Schönfärberei im Artikel steht allerdings eine zum Himmel schreiende Realität gegenüber: Zirka 1700 Arbeitsplätze sollen abgebaut werden, damit sollten die restlichen Arbeitsplätze gesichert werden. Die abgebauten Arbeitsplätze stehen nun aber der nachwachsenden Generation nicht zur Verfügung. Die Arbeitslosigkeit steigt allenthalben. Und den Kollegen sitzt die Angst im Nacken, auch auf die Liste der »Überflüssigen« zu kommen. **400 Kollegen sind aus der IG Metall ausgetreten, weil sich der Betriebsrat (dem Gesetz entsprechend) an der Auswahl der Kollegen beteiligt hat.**

Die Arbeitsplätze der verbliebenen Kollegen auf der Hütte sind nicht sicherer geworden. Es wird weiterhin ausgegliedert. Fremdvergabe steht oben an, versteckt wird sie besonders in der Spitzenlast. Unsere Verbesserungsvorschläge sind nur soweit berücksichtigt worden, wie sie dem Unternehmen Geld brachten. Arbeiterleichterung, Gesundheit sind für uns wichtig, aber nicht für den Unternehmer. Und dann hören wir: Wir sind die besten. Doch wir haben nichts davon.

Worin liegt die Zukunft der Menschen, z.B. der Menschen in unserer Region? Liegt sie im Profit der Unternehmer? Die Aktionäre sorgen dafür, dass für die Erhöhung ihres Profites weitere Arbeitsplätze abgebaut werden. Sie sorgen dafür, dass die Arbeitslosigkeit weiter steigt. Die Zukunft liegt doch in den arbeitenden Menschen selber – mit ihren Arbeitsplätzen. Bedenken wir: Was tun Jugendliche, die keine Perspektive für einen Beruf sehen? In welche schwerwiegenden sozialen Konflikte geraten sie? Sollen kommenden Generationen als Bettler aufwachsen?

Auf der Hütte konnten wir den Arbeitsplatzabbau nicht verhindern, weil der Unternehmer die Macht hat. Wir konnten als Belegschaft nicht die Kraft aufbringen, das Unheil abzuwehren. Der Vorstand von Arcelor spielt die einzelnen Standorte gegeneinander aus, da ist eine einzelne Belegschaft machtlos.

**Unseren Weg als vorbildliches Beispiel für andere Belegschaften hinzustellen, lehnen wir ab.** Der Arbeitsplatzabbau führt die Mitbestimmung in eine Zukunftssackgasse. Wir verurteilen es, dass die IGM den politischen Weg des Arbeitsplatzabbaus anpreist, wie im Artikel »Die FIT-Macher« beschrieben worden ist.

**Ohne Arbeit – heißt das nicht für die junge Generation Verelendung? Massenarbeitslosigkeit, heißt das nicht weitere Erpressung für die Arbeiter?**

Wir brauchen die IG Metall, um die Konkurrenz unter den einzelnen Standorten zu überwinden. Wir brauchen eine Politik der IG Metall, die Beschäftigten, der Jugend und den vielen Millionen Erwerbslosen eine Zukunft mit menschenwürdiger Arbeit aufzeigt, keine Schönfärberei, die über unsere Probleme hinwegwischt. ■

## 1973: Wie es anfang bei VW...

Aus gegebenem Anlass drucken wir hier einen 35 Jahre alten Artikel aus der »Arbeiterpolitik« ab. Da die Auseinandersetzung in den VW-Werken um die aktuelle Korrumpierung und Korruption erst begonnen hat, wollen wir einer abschließenden Bewertung nicht vorgereifen. Wir werden auf das Thema in der nächsten Ausgabe zurückkommen.

### ■ BERICHT AUS DEM VW-WERK:

## Korrumpierung der Betriebsräte

Der Vorstand der Volkswagenwerke AG hat mit dem gesamten Betriebsrat mit Wirkung vom 1.7.70 folgende Betriebsvereinbarung getroffen:

1. Die Betriebsräte aller Werke werden ab 1. 7. 70 freigestellt.
2. Sie werden zum gleichen Zeitpunkt Monatslohnempfänger.
3. Ihr Grundlohn wird obligatorisch und ausnahmslos auf 1.850,— DM festgesetzt und nach oben und unten je nach Betriebszugehörigkeit und der Funktion innerhalb des Betriebsrats gestaffelt. Sie erhalten fernerhin alle pauschal 17 Überstunden pro Monat vergütet, die BR-Spitze darüber hinaus (Vorsitzender, Betriebsausschuß und Hallenbetriebsräte) eine zusätzliche Leistungszulage von 10 Prozent.

Im Einzelnen sieht damit die Entlohnung so aus:

Ein neugewähltes BR-Mitglied erhält sofort — alles in allem — 1650,— DM Mindestlohn, die Betriebsratsspitze 2393,- DM. Die Wertigkeit bzw. Lohneinstufung wird gemeinsam von dem BR-Vorsitzenden und dem Leiter der Sozialabteilung »ausgehandelt«!

2/3 aller Betriebsräte kommen somit sofort von ca. 1200,— DM Brutto auf 2.035,— DM. Insgesamt liegt die Lohnerhöhung der Betriebsräte auf Anhub zwischen 450,- und ca. 1000,- DM.

Die finanzielle Regelung tritt rückwirkend ab 1. Januar 1970 in Kraft. Die »Nachzahlung« ist noch vor dem Urlaub durchgeführt worden.

Das alles ist mit Wissen, Hilfe und Unterstützung der IGM (die jeweiligen Bevollmächtigten und dem Bezirksleiter Grebenstein) ausgehandelt worden.

Die offizielle Begründung (Schutzbehauptung) lautet: Mit dem Inkrafttreten des Betriebsverfassungsgesetzes 1953 war die Konzentrierung der Wirtschaft nicht vorauszusehen und die schwere Arbeit des BR beruflich, wirtschaftlich oder finanziell nicht genügend berücksichtigt worden — also dringend reform- bzw. überholungsbedürftig, usw. usw.

Was sich innerhalb des Funktionärskörpers einerseits und der Belegschaft andererseits nach dem Bekanntwerden im einzelnen abgespielt hat, dazu nur soviel — alles in allem setzt sich der Betriebsrat (einschließlich Organisation) mit dem Hintern auf deren Meinung, Verhalten oder Reaktion. Sie behaupten, die neue finanzielle Regelung wäre eine gewerkschaftliche Forderung — und damit basta!

Aber nicht genug mit der finanziellen Regelung; gleichzeitig wurde auch noch für „später“ mitgesorgt. Nach dem Ausscheiden eines Mitgliedes aus dem Betriebsrat muß die Firma dem Betreffenden seiner Bezahlung und seinem Wissen entsprechend einen gleichwertigen Arbeitsplatz anbieten! (Wenigstens den eines Meisters also!).

Alles in allem wird lediglich ein verstärkter Drang nach der »Futterkrippe« mit all den absurdesten, unsaubersten, unlauteren Methoden innerhalb der Funktionäre die Folge bei allen nachfolgenden Betriebsratswahlen sein. Weil keiner erkennen will, daß mit der zu erwartenden Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes (alle Macht den Räten) die Unternehmer jetzt schon vorsorglich die Betriebsräte auf ihre Seite ziehen und (erfolgreich) deren Einflußbereich »umfunktionieren«.

Bezieht jemand in der kommenden Betriebsversammlung dazu eine negative Stellung, hat er zwar die Massen (Belegschaft) im Moment hinter sich, aber bestimmt keinen dauernden Schutz oder Rückendeckung. *Arbeiterpolitik Nr. 3/1970 ■*

# Arbeitskampf in der finnischen Papierindustrie

**Völlig unbeachtet von der deutschen bürgerlichen und auch gewerkschaftlich orientierten Öffentlichkeit befanden sich ca. 32.000 Beschäftigte der finnischen Papierindustrie in einem siebenwöchigen Arbeitskampf. Dieser Arbeitskampf wurde eingeleitet durch einen für drei Tage angesetzten Warnstreik (16. bis 18. Mai 2005) und wurde am dritten Tag als Aussperrung durch die Konzerne der »Skogsindustri« (Unternehmen der Zellulose- und Papierherstellung) fortgesetzt.**

Nach vergeblichen Schlichtungsversuchen (14. und 23. Juni) wurde dieser Arbeitskampf am 1. Juli durch die Annahme eines Kompromissvorschlages durch ein 44-köpfiges Gremium der Gewerkschaft der Papierarbeiter Finnlands angenommen.

## Bedeutung der Holz- und Papierindustrie

Dieser Arbeitskampf war der bedeutendste seit nunmehr 20 Jahren. Er fand statt in einer Branche, die neben der Elektronikbranche (Nokia) und dem Bau von Maschinen für die Papierverarbeitung und Zelluloseherstellung, die größte wirtschaftliche Bedeutung besitzt. Ein Name ist uns auch in Deutschland bekannt, UPM-Kymmene, sie unterhält Produktionsstätten auch in Schwedt (Brandenburg).

Im Prozess der Umstrukturierung der finnischen Wirtschaft mit dem Ende der Sowjetunion, die etwa 40 Prozent des finnischen Exports abgenommen hatte, war die Arbeitslosigkeit auf gut 18 Prozent gestiegen. Aufgefangen wurde dieser Zusammenbruch weitgehend durch den Erfolg des ursprünglich zur chemischen Industrie gehörenden Betrie-

bes Nokia. Nokia und der IT-Cluster rund um Nokia, der aus rund 6000 Unternehmen besteht, erwirtschaftet etwa zehn Prozent vom Brutto-Inlands-Produkt (BIP), 20 Prozent des Gesamtexports geht auf Nokia zurück. Der zweite dominante Wirtschaftszweig ist die Holz- und Papierindustrie. Diese ist nach Nokia Finnlands wichtigste Quelle von Exporteinnahmen. Finnland ist der viertgrößte Papierproduzent der Welt. Die Bedeutung der Papierindustrie für Finnland spiegelt sich wider in dem Rückgang des Energieverbrauches um 30 Prozent für den Monat Juni (Zeit des Arbeitskampfes).

Der Arbeitskampf fand statt in einer Situation, die trotz eines jährlichen Wachstums des BIP von über drei Prozent geprägt ist, von einer Arbeitslosigkeit von acht bis neun Prozent. Als Folge des Arbeitskampfes wird ein Rückgang des erwarteten BIP-Wachstums um bis zu ein Prozent erwartet.

Der Konflikt in dieser Industrie war daher von zentraler Bedeutung für die finnische Wirtschaft – aber ebenso für die finnischen Arbeiter, die in den vergangenen 15 Jahren ihren gewerkschaftlichen Organisationsgrad stark verbessert haben.

### Worum ging es? – Die Papierunternehmer wollten:

- den Beschäftigten freie Tage, Feiertage (Weihnachten) und »Mittsommer« nehmen (insgesamt sieben Tage);
- die Anlagen ununterbrochen in Betrieb halten;
- externe Arbeitskräfte in größerem Maße unabhängig von der Zustimmung der Gewerkschaft einsetzen können, so z.B. Reinigungskräfte, die 30 bis 50 Prozent weniger verdienen als die bisher Beschäftigten;
- zwei Krankheitskarenztage für die Beschäftigten einführen;
- die Urlaubsregelung flexibler gestalten, das heißt, die Urlaubszeit soll nach Bedarf gestückelt werden und eine Vier-Schichtregelung während der Sommerzeit eingeführt werden;
- sich nicht an der für ca. 90 Prozent der Beschäftigten Finnlands geltenden Lohnleitlinie (2,3 Prozent) halten.

Die Papierkonzerne hatten bereits im Herbst eine Anzeigenkampagne zwecks Senkung der Lohnkosten gestartet: Wenn es nicht zu einer ganzheitlichen Lösung käme, würde man außer Landes gehen. Die Gewerkschaft ihrerseits betonte, dass die Produktivität der finnischen Produktionsstätten zu den höchsten in der Welt gehört.

Das Vorgehen der Unternehmer wurde von den betroffenen KollegInnen mit einer ungeheuren Wut wahrgenommen. Es dauert lange, so sagt man, bevor das, was zwischen den Ohren der Finnen abläuft, sich in Aktion niederschlägt. Diesmal war es soweit. Am 16. Mai wurde die Arbeit niedergelegt, ab dem 18. ausgesperrt.

Das Vorgehen der Unternehmen wird als völlig neue Qualität unternehmerischen Gebarens wahrgenommen, als Spitze des Eisbergs im Verhalten einer neuen Managementgeneration, die ständig auf die Globalisierung verweist, und wie StoraEnso (finnisch-schwedisch) ihre Hauptsitze längst ins Ausland verlagert haben. Der volkswirtschaftliche Verlust ist bei der Bedeutung der Holz- und Papierindustrie erheblich.

In einer Kleinstadt wie Jakobstad (Pietarsaari, finnisch), in der ca. 1000 Menschen in der Papierindustrie beschäftigt sind, beträgt der Verlust an Steuereinnahmen um die 100.000 Euro per Tag. UPM steht für 70 Prozent der Gemeindesteuereinnahmen. Von dem Kaufkraftverlust sind natürlich auch die lokalen Geschäftsleute betroffen. Für die Holz- und

## Die Globalisierung beginnt ihr bedrohliches Gesicht zu zeigen

Zusammenfassung zweier Leitartikel der linken Wochenzeitung »Ny Tid«

Im letzten Herbst richtete sich die »Skogsindustri« (Holz-Papierindustrie) in einer umfassenden Annoncenkampagne gegen die »allzu guten Löhne« der Papierarbeiter. Die Kampagne führte zur Verwunderung, gewöhnlich versucht man Verhandlungsfragen am Verhandlungstisch zu lösen und darüber hinaus sachliche Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer aufrechtzuerhalten.

Aber offensichtlich ging die »Skogsindustri« zu dem Zeitpunkt bereits zu einer aggressiveren Taktik über. Man wollte so kräftige Verschlechterungen der Bedingungen in der Branche durchdrücken und damit die Gewerkschaft zur Ablehnung der Forderungen bewegen und sie in einen Arbeitskampf zwingen.

Die Aktionen können einen Wendepunkt in der Arbeitsmarktpolitik Finnlands bedeuten. Die Arbeitgeber verweisen stets auf die Globalisierung, die die Konkurrenzbedingungen schärft. Die finnischen »Skogsunternehmen« haben neue Fabriken in China, Indonesien gebaut. Uruguay ist das Ziel neuer Projekte.

In Folge der Erwartungen auf mehr Profit hat bereits das Unternehmen »Perlos« kürzlich beschlossen, sein modernstes Werk mit 600 Beschäftigten in Finnland zu schließen, um in China drei neue Werke zu eröffnen. Fast die Hälfte der 2300 dort Beschäftigten trägt mit Fristverträgen (ein bis mehrere Wochen) dazu bei, entsprechend der Dringlichkeit einsatzbereit zu sein.

Die Hinwendung zu schnell wachsenden Eukalyptusplantagen stellen den Standort Finnland als Papierproduzent in Frage. Es zirkuliert bereits eine Schlachtliste mit zehn Fabriken mit über 5000 Beschäftigten.

Viele befürchten, dass die Offensive der »Skogsindustri« ein Startschuss für eine breitere Kampagne zwecks Verschlechterung der Arbeitsbedingungen in der ganzen Industrie im Namen der Globalisierung bedeutet. Das kann zur Folge haben, dass die Zeichen für längere Zeiten auf Kampf stehen. ■

Papierindustrie wurde ein Einkommensverlust von täglich 40 Millionen Euro errechnet.

### Kongress der finnischen Papierarbeitergewerkschaft

Der Beschluss, dem Verlangen der Papierunternehmen nicht nachzukommen, wurde auf dem XIX. Kongress der Gewerkschaft der Papierarbeiter am zweiten Juniwochenende in Helsinki mit großer Mehrheit bestätigt.

»Das ist ein geeinter und kampfhungriger Papierarbeiterverband, der seinen Kongress im Volkshaus in Hagnäs in Helsinki abhält. Die völlig neue, niemals zuvor gezeigte Taktik, seine Verhandlungsforderungen so durchzusetzen, hat widersprüchliche politische Einschätzungen unter den Mitgliedern und den Vertretern des Papierarbeiterverbandes zusammengeschießt. Nun stehen die Kongressdelegierten einiger als je zuvor gegen das gemeinsame Böse, nämlich die Arbeitgeber, die nunmehr für bald vier Wochen für Tausende



von Arbeitern die Fabriktore geschlossen halten und damit die Einkommen von durchschnittlich um die 3.000 Euro im Monat auf 16 Euro per Tag senken«. (Aus »Hufvudstadsbladet«, 10.6.2005, bürgerliche schwedischsprachige Tageszeitung in Helsinki)

Die Lohnfrage war für die Gewerkschafter nicht die Entscheidende und auch nicht die der Feiertage, für die ein Äquivalent von 1.600 Euro plus sechs zusätzliche Urlaubstage im Schlichterangebot standen. Es waren die Karenztage, die Zersplitterung des Urlaubs, die Beschäftigung von externen Arbeitskräften, die nicht dem Tarifgebot unterliegen, die sie zur Ablehnung des Schlichterangebots veranlassten.

Als großer Held wurde auf dem Kongress Jouko Ahonen erneut zum Vorsitzenden der Gewerkschaft gewählt. Er ist einer der letzten, der aus der Arbeiterklasse kommend seinen Weg durch lange Betriebsarbeit in die Führung des Verbandes gefunden hat. Sein Vorgänger war Jurist und ging nach Brüssel in das gemeinsame Büro der Gewerkschaften, EMCF, dem Zusammenschluss der europäischen Gewerkschaften des Bergbaus, der Energie- und chemischen Industrie. Ahonen ist Sozialdemokrat.

Jouko Ahonen steht einer Gewerkschaft vor, die »... äußerst selten zur Waffe des Streiks gegriffen hat. Unter seiner bald hundertjährigen Geschichte hat dieser Verband nur ein einziges Mal einen landesweiten Streik im Zusammenhang mit Tarifverhandlungen eingeleitet.« (Vasabladet)

Nach Aussage von Ahonen war das Vorgehen der »Skogsindustri« nicht nur darauf gerichtet, die Arbeiter in die Knie zu zwingen, sondern auch darauf, die Papierpreise um ein bis drei Prozent zu erhöhen, was erheblich ist bei einem Umsatz der Papierindustrie im Bereich von 30 bis 40 Milliarden Euro. Darüber hinaus erhöht eine lange Aussperrung auch das Angebot an Holz, was wiederum die Preise senkt. Bei einer langen Aussperrung kann der Produktionsausfall durch die Realisierung höherer Preise kompensiert werden.

Mittlerweile befasste sich auch die EMCF mit diesem Aspekt der Arbeitskampfmaßnahmen der finnischen Holz- und Papierunternehmen. Es kann sich um einen Verstoß gegen die Konkurrenzregeln und um Kartellbildung handeln.

Doch eines wurde deutlich: Das Hauptziel der Holz- und Papierindustrie war es, die starke Papierarbeitergewerkschaft vorzuführen. Diese Gewerkschaft repräsentiert mit der Metallgewerkschaft die gewerkschaftliche Speerspitze. Wird diese gebrochen, so bricht man die gewerkschaftliche Bewegung, was Grundlage zur allgemeinen Verschlechterung der Arbeitsbedingungen in anderen Branchen sein würde. Deshalb hat die Papierarbeitergewerkschaft auch die Sympathie von Gewerkschaften, deren Mitglieder weitaus schlechteren Bedingungen ausgesetzt sind, die jedoch im Falle einer Niederlage der Papierarbeiter sich weiter verschlechtern werden. So drückte es ein Kommentar in dem bürgerlichen »Vasabladet« aus.

Diese Einschätzung wird auch von gewerkschaftlich aktiven KollegInnen anderer Gewerkschaften geteilt, u.a. auch von denen, die als Pflegekräfte im Krankenhaus bei gleicher arbeitszeitlicher Belastung (Dreischichttätigkeit) doch erheblich weniger verdienen. »Das ist hier ein Kampf gegen die gesamte Gewerkschaftsbewegung«, sagte die Vertrauensfrau der zuständigen Gewerkschaft, Tehy. Deren Mitglieder sich zur gleichen Zeit ebenfalls in Verhandlungen über höhere Löhne befanden.

## Reaktion des FFC (Zentrale d. finnischen Gewerkschaften)

Als Zentrale wollte man nichts unternehmen, man überließ es den Einzelgewerkschaften zu reagieren. So kam es in anderen Verbänden des FFC und weiterer Gewerkschaftsverbände zu Solidaritätsaktionen in dem Bereich der Papierindustrie:

- Metall: Im Bereich der von der Aussperrung betroffenen Firmen wurden keine Arbeiten durch die Mitglieder der Metallarbeitergewerkschaft ausgeführt (es sind fast alle organisiert). Es betraf 400 bis 500 Arbeiter.
- Bau: Die traditionell von Volksdemokraten geführte Bauergewerkschaft leitete ihren Solidaritätsstreik am 7. Juni sechs Uhr in sämtlichen Produktionsanlagen der aussperrenden Betriebe ein. Er währte bis zum Ende der Aussperrung.
- Die Elektriker folgten mit den gleichen Maßnahmen am 10. Juni.
- Die im Verband der Chemiearbeiter organisierten Beschäftigten legten ihre Installations- und Wartungsarbeiten und Überstundentätigkeit am 11. Juni in fünf Betrieben nieder.
- Die Arbeiter des Verbandes – Holz- und Spezialbranche – legten ihre Arbeit in 15 Finnforests und UPM-Kymmene-Woods-Fabriken ab dem 9. Juni nieder.
- Die Mitglieder der Service-Gewerkschaft PAM, verrichteten die Wachtdienste bis zu dem Abkommen nicht.
- Die Mitglieder des Angestelltenverbandes für Spezialbranchen hörten am 12. Juni auf, für die Mitglieder der Holz- und Papierindustrie die Import- und Exportdokumente zu behandeln.

**Exkurs:** Zu den Besonderheiten des finnischen Gewerkschaftswesens gehörte, dass in den unterschiedlichen Verbänden entweder ein Mitglied der »Volksdemokraten« (Zusammenschluss von Kommunisten und Linkssozialisten) oder ein Mitglied der »Sozialdemokraten« an der Spitze des Verbandes steht. So zum Beispiel bei den Metallern ein »Sozi« und bei den Bauarbeitern ein »Volksdemokrat«. Die Stellvertreter wurden dann von der jeweils anderen Partei gestellt. Diese Tradition wird auch jetzt noch nach der gesichtslosen Transformation der ehemaligen »Volksdemokraten« in Folge des Zusammenbruchs der SU zum »Vänsterförbund«, (programmatisch ungefähr gleichzusetzen mit der PDS) beibehalten.

## Hoch die internationale Solidarität

In Schweden beschloss die Gewerkschaft der Papierarbeiter bereits am 7. April, dass ihre Mitglieder keine Arbeiten verrichten werden, die unter normalen Umständen in Finnland durchgeführt werden, sie also keine Streikbrecherarbeit annehmen würden.

Der zweite Schritt war die Überstundenblockade während der finnischen Streiktage zwischen dem 16. und 18. Mai in zehn Betrieben von StoraEnso. Der dritte Schritt, eine wochenlange Überstundenblockade, wurde in sechs Fabriken mit finnischen Eignern am 25. Mai eingeleitet. Anbetracht der knappen Besetzung der Anlagen wird mit harten Folgen für die Produktion gerechnet.

»Wir haben gesagt, dass wir bereit sind die erforderlichen Schritte zu gehen. Das ist ein Kampf zur Verteidigung der Kollektivverträge«, sagte Lennart Olovsson (Tarifsekretär der schwedischen Papierarbeitergewerkschaft). Auch norwegische Gewerkschaften haben ihre Bereitschaft zu »Sympathiemaßnahmen« bekundet.

# Arbetarna hoppas på lösning

I dag har parterna i papperskonflikten en ny chans att nå resultat. "Det viktiga är att vi inte kommer tillbaka i arbete med svansen mellan benen", säger förtröendeman.

Pappersarbetarna hoppas att konflikten ska bli en tillfällig ång. Efter en vecka av omfattande slagkraftiga strejker ska det bli möjligt att nå en lösning på konflikten.



Mit großer Verwunderung muss man dagegen die Funkstille in den deutschen Medien zur Kenntnis nehmen, besonders in der Gewerkschaftspresse. Dass sich auch die betroffene deutsche IG BCE mit dem Arbeitskampf beschäftigte, war finnischen Zeitungen zu entnehmen, wo Vertreter der IG BCE Stellung zu der Aussage der finnischen Manager nehmen mussten, dass die deutschen Arbeitskräfte, z.B. von StoraEnso, 190 Stunden im Jahr mehr als die finnischen Kollegen arbeiten.

Auch nach Durchsicht der WebSite der IG BCE musste man feststellen (Stand 2.8.2005), dass im Verlauf des Arbeitskampfes die eigene Mitgliedschaft nicht informiert, geschweige denn ein Rahmen für Solidaritätskundgebungen gegeben wurde. Die Solidarität beschränkte sich auf die Teilnahme von deutschen Delegierten an dem Kongress der finnischen Papierarbeitergewerkschaft. Als Ausnahme ist die Solidaritätsadresse der bayrischen Kollegen der IG BCE, die in der Branche tätig sind, anzusehen. – Immerhin!

Angesichts der Bedeutung dieses Arbeitskampfes in einer Branche, von dem zumindest indirekt Betriebe von den zwei größten Unternehmen, StoraEnso und UPM-Kymmene in 12 europäischen Ländern, betroffen sind, ist diese gewerkschaftliche Resonanz erschreckend.

Jedoch ist auch bedauerlicherweise festzustellen, dass die finnische Gewerkschaftsbewegung und die finnische Linke sich völlig still verhalten haben. Es kam zu keinerlei öffentlichen Kundgebungen. Betroffene Kolleginnen und Kollegen trafen sich lediglich täglich zum gemeinsamen Essen in den traditionellen Häusern der Arbeitervereine.

## Ende einer langen Aussperrung

Am Freitag, dem 1. Juli 2005, stimmten die Bevollmächtigten des Papierarbeiterverbandes dem Verhandlungsbeschluss zu. Nachdem am Montag, dem 27. Juni, zuvor erstmals der Ministerpräsident Vanhanen die gegnerischen Tarifparteien gemeinsam mit dem Schlichter und dem Vorsitzenden des Gewerkschaftsdachverbandes zusammenrief, wurde nochmals eine Verhandlungsrunde eingeleitet, die am Mittwoch dann zu einem Resultat führte, dass am Freitag von den Bevollmächtigten der Papierarbeitergewerkschaft (ca. 24.000 Mitglieder) und den des FTFC angehörigen Angestellten (ca. 7.000) und den Bevollmächtigten der dem FFC angeschlossenen Elektrobranche (ca. 900) einhellig nach ausführlichen Diskussionen bestätigt wurde.

## Dieses Abkommen gilt für drei Jahre. Es sieht vor:

- Lohnerhöhung: 1. Jahr 2,5 Prozent, 2. Jahr 1,9 Prozent, 3. Jahr wird im Herbst 2007 verhandelt.
- Arbeitszeit: Wegfall der Freizeit zu Weihnachten und zu Mittsommer. Kompensation: Drei-Schichtarbeitern acht Stunden pro Jahr. Zwölf-Stunden-Wochenendschicht kann nach einhelliger betrieblicher Absprache mit Überstundenentgelt gefahren werden.
- Während der Urlaubszeit kann durch betriebliche Absprache der Vier-Schichtbetrieb zwecks Arbeitskräfteersatz eingeführt werden.

Der bis zuletzt strittige Punkt, Einsatz von Fremdarbeitskräften wurde wie folgt gelöst:

- Der Einsatz dieser Arbeitskräfte kann betrieblich beschlossen werden. Er setzt Einhelligkeit voraus, sollte es zu keinem einhelligen Beschluss kommen, so geht das Verfahren

auf

die Ebene des Verbandes. Sollte es dort zu keiner Einigung kommen, kommt es zu Verhandlungen auf Zentralverbandsniveau unter Leitung eines neutralen Schlichters.

Wie gewohnt sind beide Parteien mit dem Ergebnis zufrieden. Jouka Ahonen, der Vorsitzende der Papierarbeitergewerkschaft bestritt, dass die Gewerkschaft in den entscheidenden Fragen nachgegeben habe. Es sei gelungen, ein ganzes Paket an Verschlechterungen zu verhindern:

- Karenztage (unbezahlte krankheitsbedingte Fehltag).
- Aufsplitterung des Urlaubs.
- Zwölfstundenschicht ohne Überstundenentgelt.
- Verschlechterter Permittierungsschutz (Entlassungen, die zumeist temporär bei Absatzmangel vorgenommen werden). Durch das Vetorecht gegenüber dem Einsatz von Fremdarbeitskräften sei ein wirksames Hindernis eingebaut.

Gerade die Möglichkeit betrieblicher Abkommen wurde von Unternehmerseite gelobt. Für den zuständigen Direktor von StoraEnso, Jukka Härmälä, war dieses Abkommen der erste Schritt der Anpassung auf dem Wege zur Globalisierung. Ein Schritt, der in der finnischen Metall-Elektroindustrie, z.B. bei ABB, längst gegangen worden sei.

## Nachtrag

Die Bedeutung der Papierindustrie für Finnland kann man auch daran erkennen, dass während des Aussperrungsmonats Juni der Energieverbrauch in Finnland um 30 Prozent! gegenüber dem Vorjahr zurückging. Es zeichnet sich immer mehr ab, dass die Aussperrung einen Bereinigungscharakter innerhalb der finnischen »Skogsindustrie« beinhaltet. Neben den drei Großen gibt es noch weitere Konzerne in der finnischen Papierindustrie. In der Weltproduktion sind die drei finnischen Konzerne, StoraEnso, UPM, Metsoliito unter den acht größten. Die Liste wird angeführt durch drei US-Konzerne, an vierter Stelle ist bereits StoraEnso angesiedelt, UPM-Kymmene wird als größter Hersteller von Zeitungspapier bezeichnet.

Laut einer Branchenübersicht von Price Waterhouse steht eine globale Umschichtung innerhalb der Papierindustrie bevor, die sowohl die Produktion wie den Markt der Papierindustrie entscheidend beeinflussen wird. Auf Grund von Kostenfragen wird die Produktion nach Lateinamerika, China und in das übrige Asien verlagert. Diese Entwicklung wird voraussehbar mit einer Konzentration verbunden sein: die zehn größten Betriebe haben derzeit nur 25 Prozent der globalen Papierproduktion.

Die finnische Papierindustrie, die weltweit einen bedeutenden Rang hat, ist führend bei dieser Verlagerung der Industrie. (Angaben nach FNB – Finnisches Nachrichtenbüro).